

# Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 23.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragene in die Postzeitungsliste Nr. 6088.

Hannover  
Sonntag, 16. November 1901.

Geschäftsverrate pro 3 gepalt. Zeile ober deren Raum 25 Pf., für Zahlstellen 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Schillerstr. 5. Verlag: Nikolajstr. 46.

10. Jahrg.

## Die preussische Gewerbeinspektion im Jahre 1900.

Die Berichte der preussischen Gewerbeinspektion sind in diesem Jahre in einer so geringen Zahl gedruckt, daß eine ganze Anzahl von Redaktionen und Organisationen nicht in der Lage waren, in den Besitz eines Bandes kommen zu können. In der gleichen unangenehmen Lage waren auch wir. Aus diesem Grunde mußten wir in diesem Jahre von einer rechtzeitigen und ausführlichen Besprechung der Inspektionsberichte, wie wir sie in früheren Jahren regelmäßig brachten, Abstand nehmen und uns auf eine kürzere Besprechung beschränken. Wir folgen dabei den Aufsätzen des „Korrespondenzblattes deutscher Gewerkschaften“, dessen Redaktion auf ihre Beschwerde beim Minister für Handel und Gewerbe von diesem ein Exemplar der Berichte zugestellt erhalten hat.

Die wirtschaftlichen Rückblicke der preussischen Gewerbeaufsichtsberichte auf das verflossene Jahr lassen sich fast allgemein dahingehend zusammenfassen, daß bis zur Mitte des Jahres, zum Teil auch bis zum Herbst, die industrielle Lage, wie auch die Lage der Arbeiter eine günstige war, während in der letzteren Hälfte des Jahres ein entschiedener Rückschlag auf dem Waaren- und Arbeitsmarkt eintrat. So berichtet der Erfurter Gewerbebericht, daß die Tendenz, die Löhne herabzudrücken, sich immer mehr und stärker geltend machte. In mehreren Maschinenfabriken, in denen 5—10prozentige Lohnreduktionen angekündigt wurden, suchten die Arbeiter dieser Gefahr durch einen Abwehrstreik zu begegnen; indes versagte dieses Mittel aus Anlaß des großen Zuganges von Arbeitswilligen gänzlich, wie auch vorausgesehen war, und in Zukunft sind Lohnverminderungen in weiteren Industriezweigen zu befürchten. Auch der Potsdamer Beamte kennt das Unternehmertum seines Bezirkes zur Genüge, um bei weiterem Rückgang des gewerblichen Lebens Lohnherabsetzungen zu erwarten. In der Maschinen- und Tuchindustrie des Bezirkes Frankfurt a. d. O. traten Lohnverminderungen in Folge von Betriebsbeschränkungen von 15 bis 30 Prozent ein, ebenso in der Berliner Maschinen- und Eisenindustrie. Im Bezirk Biegnitz trat besonders der Lohnrückgang in Folge der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ein. Die Bedürfnislosigkeit dieser Arbeiter ist entscheidend für ihre Bevorzugung, obwohl ihre geringere und minderwertige Arbeitsleistung den Unternehmern wohl bekannt ist. Auch der Oppelner Beamte verzeichnet ein Sinken der Löhne zu Beginn des Winters, hauptsächlich wegen Absatzrückgängen in der Eisenindustrie und Zementfabrikation, und folgert daraus auf das Platzgreifen einer großen Unzufriedenheit unter den Arbeitern, die den größeren Verdienst früherer Jahre nicht zum Sparen benutzt hätten. Man muß sich erinnern, daß diese Bemerkung den oberhessischen Industriebezirk betrifft, in welchem in Folge des Zustroms ausländischer Arbeitskräfte und des Mangels an Organisation und Lohnbewegungen das Lohnniveau der Arbeiter ein außerordentlich niedriges ist, um das seltsame Urtheil dieses Berichtes in seiner vollen Gedankenhöhe zu würdigen. Ungünstige Beeinflussungen der Löhne berichten auch die Beamten für Münster und Minden, namentlich in der Zement-, Ziegel- und Fahrradindustrie. Der Arnberger Beamte fand die Lage der Arbeiterbevölkerung in der Eisen- und Stahlindustrie seit Jahresmitte „mühselig“; wenn auch Lohnherabsetzungen vereinzelt blieben, so erwuchsen den Arbeitern doch durch Betriebsbeschränkungen und Feierschichten empfindliche Lohnausfälle, die in manchen Fällen 15 bis 17 Prozent betragen. Nur der Umstand, daß die Kohlenzechen im Stande gewesen seien, eine Anzahl von Arbeitskräften aufzunehmen, sowie daß zahlreiche Industriearbeiter aus den östlichen Provinzen in ihre Heimath zurückgekehrt seien, habe trotz vorgekommener Arbeiterentlassungen eine größere Arbeitslosigkeit vermieden. — Im Bezirk Koblenz zeigten die Löhne eine rückläufige Bewegung, und im Bezirk Düsseldorf wird der Minderverdienst der Arbeiter in der Eisenindustrie auf ein Sechstel des Jahresverdienstes geschätzt. — Ähnlich lauten die Mittheilungen der Berichte von Köln und Aachen. Allgemeine Lohnsteigerungen werden nur aus den Bezirken Ostpreußen, Breslau, Hannover und Sigmaringen berichtet; doch müssen dieselben sehr geringfügiger Natur sein, da keiner der Berichte aus ihnen auf eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter schließt. Thilweise, wie z. B. in Ostpreußen, waren die Lohnsteigerungen ledig-

lich die Folge günstiger Arbeiterausstände. In allen Fällen aber stand der Lohnsteigerung eine Erhöhung der Haushaltungskosten in Folge steigender Lebensmittel-, Kohlen- und Wohnungspreise gegenüber. Der Preisausschlag auf Kohlen war im Berichtsjahr so allgemein und enorm, daß nur wenige Berichte denselben unerwähnt lassen.

Aus der regelmäßigen Wiederkehr der Klagen über Wohnungsmangel und Wohnungsmißstände muß geradezu auf das Vorhandensein eines trassen Wohnungslebens geschlossen werden, denn die preussischen Aufsichtsbeamten sind die Letzten, die sich den Blick träben lassen würden, wenn es sich nur um vereinzelte Mißstände handelte. Nicht bloß sind die Preise der Wohnungen für Arbeiter enorm in die Höhe getrieben und herrscht Mangel an kleineren Wohnungen, sondern die theuer vermietheten Wohnungen lassen vielfach in gesundheitlicher Beziehung nahezu Alles zu wünschen übrig. So berichtet der Beamte für Westpreußen, daß in einem Häuserkomplex ein Abort von acht Familien benutzt werden mußte, während mehrfach zwei- und mehrstübeige Aborte ohne Trennungswand gesunden wurden. „Bei solchen Zuständen“, schreibt er, „ist es natürlich nicht zu verwundern, daß hier ansteckende Krankheiten vorkommen, zumal die Leute kein Trinkwasser in der Nähe haben und in Ermangelung von etwas Besserem das Wasser des sumpfigen Elbingsflusses genießen. In einer Anzahl von Häusern fand sich obendrein eine wunderliche Steuer vor, nämlich eine Abgabe von 30 bis 50 Pf. vierteljährlich für — Benutzung des Abortis!“ Diese Beseuerung des notwendigsten Bedürfnisses steht allerdings dem gemeinschaftlichen Treiben der Hausagrarier die Krone auf.

Auch die ländlichen Arbeiterwohnungsverhältnisse dieses Bezirkes werden als nicht minder traurig bezeichnet. Zuweilen zeichnet sich nach dem Bericht des Gewerbeinspektors in Danzig das Wohnhaus von den Ställen und Scheunen nur durch größere Bauqualität aus. Schlechte Wohnungsverhältnisse für Arbeiter bestehen in dem Dorfe Gramtschen, Kreis Thorn. Ein Theil der Ziegelerbeiter wohnt mit der Familie in Kammern, die auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht als menschenwürdig bezeichnet werden können. Polizeilich einzuschreiten war nicht rathsam, da andere geeignete Wohnungen im Dorfe nicht vorhanden waren und die schon bestehende Wohnungsnoth dadurch verschärft worden wäre.“

Der Frankfurter (Ober-) Beamte fand die schlechtesten Wohnungsverhältnisse auf dem flachen Lande, und im Kattowitzer Bezirk ließ eine Besichtigung von Bauarbeiterwohnungen schwere gesundheitliche und sittliche Schäden erkennen. Im Bezirk Magdeburg hat der Bau von Arbeiterwohnungen das vorhandene Bedürfnis angeht, der Wohnungsnoth auch nicht annähernd befriedigt. In Kiel mußten 101 Familien mit 650 Köpfen in öffentliche Baracken, Armen- und Krankenhäusern und Turnhallen untergebracht werden. In Köln-Ohrenfeld wuchs die Kalamität herab, daß sogar öffentliche Volksversammlungen sich damit besaßen und die städtische Verwaltung um durchgreifende Maßnahmen ersuchen mußten.

In statistischen Materialien über die Höhe der gezahlten Löhne enthält der diesmalige Berichtsband noch weniger als seine Vorgänger. Der westpreussische Beamte theilt mit, daß in der dortigen Holzindustrie erwachsene männliche Arbeiter 15—23 Pf. pro Stunde erhalten; in Ziegeleien werden den Brennern 25—30 Pfennige, Kärnern 22—25 Pf. und anderen Arbeitern 17—20 Pf. pro Stunde gezahlt. In Jastrow verdienen in der Schuhindustrie Fabrikarbeiter 12—15 Mk. und Arbeiterinnen 8—9 Mk. pro Woche. Im Bezirk Potsdam erzielten erwachsene Ziegler einen Akkord-Tage-lohn von 4—6 Mk.; Arbeiterinnen 3 Mk. und Jugendliche 2,50 Mk. täglich, während in Eisengießereien Former bis zu 8 Mk. verdienen. Der Merseburger Beamte fand die Löhne in den Kreisen Sangerhausen und Eckartsberge wesentlich niedriger als in anderen Theilen seines Bezirkes. Ziegeleiarbeiter verdienen dort nur 2 Mk.; Sägewerker sogar nur 1,60 bis 2 Mark pro Tag in zwölfstündiger Arbeitszeit.

Im Kreis Merseburg verdienen in Sandziegeleien Ziegelschreiber 3 bis 3,60 Mk., Abträger 2 Mk. pro Tag (2000 Steine), in Dampfziegeleien Brenner 3—4 Mark, Arbeiter 2—2½ Mk., Lehmgräber 2½—4 Mk. und Pressenarbeiter 2½—3 Mk. pro Tag. In Kalkbrennereien werden 18—20 Mk. pro Woche verdient, in Düngerefabriken erhalten Männer 3,15 Mk., Frauen

1,50—2 Mk., in Seimfabriken Männer 2,50—3 Mk. pro Tag, Mädchen 6—7,50 Mk. pro Woche, in Kammfabriken Arbeiter 3—4 Mk., Arbeiterinnen 1—2 Mk. pro Tag. In Gemüse-Konservefabriken Männer bis 3 Mk. pro Tag, Mädchen 6—7,50 Mk. pro Woche. In Dürener Papier- und Papierwarenfabriken endlich wurden gezahlt an Papiermaschinenführer 3,50 bis 4,50 Mk.; Holländermüller 3 bis 3,50 Mk.; Gehilfen an Papiermaschinen, Holländern, Arbeiter an Kalandern, Maschinenisten und Feizer 3 Mk.; erwachsene Fabrikarbeiter 2 bis 2,60 Mk.; jüngere Fabrikarbeiter 1,50 bis 2,20 Mk.; Papierfortschreiberinnen 1,50 bis 2,20 Mark; erwachsene Arbeiterinnen 1,20 bis 1,60 Mk.; jüngere Arbeiterinnen 1 bis 1,50 Mk. pro Tag.

Sind diese Lohnsätze, von denen die höheren vereinzelt, die niederen dagegen die Regel sind, schon an sich keine hohen zu nennen, so zeigt uns ihre sinkende Tendenz gegenüber den unaufhaltsam steigenden Lebenshaltungskosten eine trübe Perspektive für die kommenden Jahre, und um so verantwortungsvoller handelt die Regierung, die jetzt beabsichtigt, dem Volke durch enorme Zollsteigerungen weitere Lasten aufzuerlegen. Diese Abgaben werden in erster Linie und zwar mit erschreckendem Gewicht auf dem Arbeiterhaushalt lasten und ein weiterer Rückgang der Ernährung, eine stärkere Unsicherheit in den Wohnungsverhältnissen wird die unausbleibliche Folge sein. Nimmt aber, was sicher zu erwarten ist und durch die Zollpolitik eher beschleunigt wird, die Arbeitslosigkeit erst zu, dann grinst uns wieder das bleiche Massenelend, wie in den Jahren 1891—94, entgegen.

Was haben die Regierungen gethan, um die Wiederkehr solcher Zustände zu verhindern, bzw. für die Nothlage Linderung zu schaffen? Sie haben nicht bloß ihre Pflicht veräußert, sondern der Noth Vorschub geleistet; sie waren bestrebt, die Selbsthilfe der Arbeiter im Wege der Organisation zu unterdrücken, wie sie jetzt bestrebt sind, den Lohn des Armen zu Gunsten der Junker zu besteuern. Und daß gerade die preussische Regierung in diesem reaktionären Reigen an der Spitze schreitet und der auf Kosten des arbeitenden Volkes lebenden Junkersippe den weitesten Einfluß auf ihre Entscheidungen einräumt, ist nicht minder bekannt. Es war daher gewiß eine That der Selbsterhaltung, als diese Regierung ihren Gewerbeaufsichtsbeamten eine Kürzung der Berichte vorschrieb, denn diese Berichte enthielten Jahr für Jahr solche Schilderungen der Nothlage der Arbeiter, daß sie der Regierungspolitik nicht die mindeste Deckung boten, sondern im Gegentheil sehr wirksame Waffen gegen dieselbe lieferten.

Trotz ihrer Kürze und vorsichtigen Abfassung bilden die wirtschaftlichen Rückblicke der preussischen Aufsichtsbeamten eine vernichtende Anklage gegen die Zollpolitik der Regierung; sie bestätigen, daß die Arbeiterklasse weder gegenwärtig, noch in den folgenden Jahren im Stande ist, weitere Vertheuerungen ihrer ohnehin unzureichenden Lebenshaltung zu ertragen. Schlagen die Wilow-Pofadomsky-Müller diese Warnungen in den Wind, so laden sie eine Verantwortung auf ihre Schultern, die ihren Namen dauernd verfolgen wird.

## Soziale Rundschau.

Das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften bringt folgende Berichtigung: Der Vorstand des Verbandes der Barbier theilt mit, daß die Angabe in der Gewerkschaftsstatistik, nach welcher der Verband der Barbier im letzten Jahre einen Verlust von 412 Mitgliedern zu verzeichnen habe, nicht völlig zutreffend sei. In Folge der unregelmäßigen Verwaltung des Verbandes waren die Angaben für die Vorjahre ungenau und ist für 1899 die Zahl der Listenmitglieder angegeben worden, während für 1900 die Mitgliederzahl nach der Summe der bezahlten Beiträge berechnet ist. Daraus ergibt sich die erhebliche Differenz, ohne daß thatsächlich ein Mitgliederverlust eingetreten ist.

Der Vorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter berichtet, daß nach wie vor der Beitrag 15 Pfennig pro Woche beträgt, eine Reduzierung der Beiträge durch Umwandlung der Wochen- in Monatsbeiträge nicht eingetreten ist.

In Tabelle VII der Gewerkschaftsstatistik sind bei Graveure und Biseleure die Zahlen von „Verbandsorgan“ bis „Summa der Ausgaben“ unrichtig. Bei der Berechnung der Ausgaben pro Kopf der Mitglieder ist irrthümlicherweise die Mitgliederzahl der

Gärtner (358) statt der der Graveure (1189) zu Grunde gelegt worden. Dadurch sind die in den genannten Rubriken angeführten Zahlen zu hoch. Es muß in Tabelle VII unter Nummer 22 Graveure, Ziseleure heißen: Ausgabe pro Kopf der Mitglieder: Verbandsorgan 2,30 Mk., Agitation 56 Pfg., Streikunterstützung im Beruf 77 Pfg., für andere Gewerkschaften 29 Pfg., Rechtschutz 7 Pfg., Gemahregelungenunterstützung 22 Pfg., Reiseunterstützung 69 Pfg., Arbeitslosenunterstützung 1,09 Mk., Umzugskosten usw. 3 Pf., sonstige Ausgaben 81 Pfg., Projektkosten 2 Pfg., Gehälter 95 Pfg., Verwaltungsmaterial 39 Pfg., den Zahlstellen verblichen 2,93 Mk. Summa der Ausgaben 11,44 Mk.

Wir bitten, diese Berichtigung beachten zu wollen.

„Brüder!“ „Verbrüderung deutscher Arbeiter“ nennt sich eine unter Unternehmenschutz stehende „Arbeiter“-Organisation in Harburg. Drei dortige Arbeiter, welche durch lange Arbeitslosigkeit müde gemacht waren, ließen sich nach dem Harburger „Volksblatt“ als Mitglieder aufnehmen in der naiven Hoffnung, dadurch Arbeit zu erhalten. Sie bezahlten also Jeder 50 Pf. und waren so zu Mitbüchern avanciert. Da wurde ihnen denn auch ein zusammengelegter Zettel, der durch Stempel versiegelt war, in die Hand gedrückt, mit dem man sie nach einer bekannten Harburger Fabrik schickte. Als sie dort dem Direktor den Zettel übergeben hatten, sagte er ihnen, daß keine Arbeit für sie vorhanden. Damit gab er ihnen kurzer Hand den nunmehr geöffneten Zettel wieder zurück. Dieser hatte folgendes Aussehen:

An die  
J. H. des Herrn . . . . .

Berechtigter Fabrikleitung gestattet sich die „Verbrüderung deutscher Arbeiter“ mitzutheilen, daß die nachstehend verzeichneten Mitglieder der „Verbrüderung“ arbeitslos sind. Unter Bezugnahme auf die Tendenz des Vereins bittet der unterzeichnete Vorstand, wenn angängig um baldige Einstellung dieser Mitglieder.

Der Vorstand.  
J. H.: (gez.) Schmidt, Reeseberg 103.

Vor- und Zuname	Bohrnung	Alter	Beschäftigung	Bemerkungen

Das Formular war entsprechend ausgefüllt. Die Rubrik „Bemerkungen“ aber enthielt bei allen drei Arbeitern folgende Worte:

„Auf der Gummifabrik gestreikt“.

Welchen Zweck mag wohl diese schöne Bemerkung haben? Soll sie vielleicht bezwecken, daß die so der brüderchaftlichen Liebe theilhaftig Gewordenen bei den Arbeitgebern in ein möglichst günstiges Licht gestellt werden, damit sie leichter Arbeit von ihnen erhalten? Geht den Fall, diesen drei Leuten wäre der Zettel von dem Fabrikdirektor nicht wieder ausgehändigt worden, sondern sie wären, ohne über seinen Inhalt orientiert zu sein, unverrichteter Sache zum Arbeitsnachweis der Brüderschaft zurückgeführt, so hätte man ihnen dort gleich einen neuen Zettel mit derselben Bemerkung ausgefertigt und sie damit zu einem anderen Arbeitgeber geschickt, — natürlich mit demselben Erfolge. Und so weiter! Und das Resultat? Die drei Arbeiter wären von Fabrik zu Fabrik gelaufen, — um sich überall als Leute vorzustellen, die beim Gummistreik mit dabei gewesen sind!

Nimmt man dazu in der „Brüderschaft“ den „Brüder“ das Geld ab, um sie mit Urmasbriefen auf der Arbeitsjagd umherzuführen? Das ist ja eine nette Verwendung der „Arbeitergroßen“. Natürlich hat bei Gründung der „Brüderschaft“ die Leitung der Gummifabrik den Grundstein gelegt. Sieht sie doch in dieser „Zwangszwangorganisation“, in welcher der „Terrorismus“ der Kapitalisten und ihrer Soldaten herrscht, ein Mittel, die Arbeiterinnen und Arbeiter von ihrer Organisation abwendig zu machen. Dieselbe Fabrikleitung, die ihren Arbeitern die Benutzung gesetzlicher Bestimmungen zur Besserung ihrer Lage so ungeheuer verübelt, daß sie die Auslieferung als Bestrafung in Anwendung bringt, verlangt vom Staat den weitgehenden Schutz. In einem Anschreiben an den Zentralverein deutscher Antiquarwarenfabrikanten sagt sie über die den heimischen Markt überflutende russische und amerikanische Konkurrenz in Gummischuhen und droht: — — — „wenn wir nicht seitens der Regierung durch Erhebung des Eingangszoll auf Gummischuhe in der angeführten Weise unterstützt werden, so würden wir gar keine andere Möglichkeit sehen, als diesen Zweig unserer Fabrikation einzuschränken oder ganz eingehen zu lassen, wodurch dann wiederum Hunderte von Arbeitskräften brotlos werden würden.“

Diese rührende „Bescheidenheit“, die bei 20 Prozent Dividende noch den Schutz des Staates gegen ausländische Konkurrenz fordert, wie sieht sie doch so vortheilhaft von der „Unersättlichkeit“ der begehrlichen Arbeiterinnen, die nicht für einzehnte Tausend Mark 200 Mark verlangten, sondern für eine ansehnliche Tätigkeit in non allem Dunst geschwängerten Räumen, den Tag 10 Pf. mehr verdienen wollten! Diese mußten natürlich durch arbeitswillige Schmutzkonkurrenten niedergedrückt werden.

Dieses Mißgefühl gegenüber den vielen Hunderten von Arbeitskräften, die eventuell brotlos werden,

wenn die Gummifabrik die Gummischusterei einstellt! Wo war denn dieses Mißgefühl, das jetzt der Profitgasherei Vorspanndienste leisten soll, als von der Fabrikleitung nach Beendigung des Streikes Duzende und abermalige Duzende fleißiger, tüchtiger Arbeiter, darunter solche, die der Gummifabrik Kraft und Saft ihres Körpers gegeben hatten, zur Auslieferung verdammt worden sind? Diese, denen blinder Unternehmerrückwärts das kapitalistische Verschwendungsgewissen ergriffen hat, so daß sie Beschäftigung bei anderen Unternehmern nicht erhalten, sind viel, viel schlimmer daran wie jene, die brotlos werden, wenn die „Gummi“ nicht mehr schustern läßt.

Den bei dem Unternehmen beteiligten Kapitalisten, deren Nerven durch die Wohlgerüche von Benzin und Naphtha nicht im Geringsten belästigt werden, 20 Prozent als mäheloser Erwerb, dem Unternehmen selbst Schutz gegen ausländische Konkurrenz! Jene aber, welche aber die Niesenüberschüsse durch ihren Fleiß ermöglichten und die gegen die Konkurrenz der Maschinen und der industriellen Reservearmee sich schützen wollen, auch mit Hilfe der Organisation, sie werden brotlos gemacht durch die Unternehmer. Das ist sittlich und moralisch, und als Ganzes nennt es sich Schutz der nationalen Arbeit.

Viele der „Brüder“ werden das noch kennen lernen.

Mit der Regelung der Arbeitszeit in den Vulkanisierräumen auf Gummifabriken befaßt sich die Kommission für Arbeiterstatistik. Vertreter der Arbeiter und Fabriken sind zu Dienstag, den 12. November, nach Berlin berufen. Das Vulkanisieren ist eine der mörderischsten Arbeiten, sie zerstört Körper und Geist der Arbeiter in gleicher Weise. Es ist das Pantieren mit dem Schwefelkohlenstoff, das die Arbeit in den Vulkanisierräumen, von den Kollegen „Gifthütten“ genannt, so gesundheitszerrüttend macht. Im Jahre 1898 waren die Fabrikinspektoren beauftragt, Erhebungen anzustellen, für welche Gewerbe- und Betriebsarten die Einführung eines sanitären Maximalarbeits-tages erforderlich ist; sie fanden, daß das Pantieren mit Schwefelkohlenstoff am gesundheitsgefährlichsten sei. Der Beamte für Berlin und der Fabrikinspektor für Potsdam hielten eine 1 1/2-2stündige, der Leipziger Fabrikinspektor für männliche Arbeiter eine 2- bis 3stündige, für weibliche eine 2-3stündige, der Kölner Beamte dagegen eine 4-5stündige Arbeitszeit für das Höchstmaß der Beschäftigung mit Schwefelkohlenstoff, die übrige Zeit sollte mit Nebenarbeiten ausgefüllt werden. Die Arbeit geht in folgender Weise vor sich: Die zu vulkanisierenden Gummimassen, als chirurgische Sachen, Eisbeutel, Bälle, Sauger, dünne Schläuche, Präservative u. s. w., werden in eine Mischung von Schwefelkohlenstoff und Schwefelchlor, welche sich in offenen Behältern, vielfach ohne darüber befindlicher Abzugsvorrichtung befindet, eingetaucht, um sie elastisch zu machen. Der Schwefelkohlenstoff verbreitet einen unausstehlichen, den Nerven hemmenden Gestank, welcher Denjenigen, der sich noch nicht daran gewöhnt hat, zum sofortigen Rückzug aus derartigen Räumen nötigt. Die noch feuchten Gummimassen werden bei einer Temperatur von 40 Grad getrocknet. Die in solchen Räumen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sind von heftigen Kopfschmerzen, Schwindelanfällen und Erbrechen geplagt, welche Leiden sich immer mehr auswachsen und zur vollständigen Zerrüttung des Organismus führen.

Diesem mordenden Zweige des Industrialismus soll nun entgegengewirkt werden. Wir kommen auf die Sache noch später zurück, fordern aber die Kollegen, die in Gummifabriken beschäftigt sind, wiederum auf — wir haben es 1898 schon einmal gethan — uns bekannte Fälle von Schwefelkohlenstoff-Vergiftung mitzutheilen.

Interi. Angelegenheiten für Gewerkschaftsbeamte. Mit der immer zahlreicher werdenden Beamtenschaft, die heute im Dienst der Gewerkschaft und der Partei thätig ist, macht sich das Verlangen nach einer Versicherungsanordnung, die für das Alter oder im Falle des Ablebens für die Hinterbliebenen einen kleinen Geldbetrag, rege geltend. Von zwei Seiten zugleich ist diesen Wünschen Rechnung getragen. Vor kurzem hatte der Verein Arbeiterpresse die Grundzüge eines Statuts für eine Pensionskasse beraten und nun veröffentlicht auch die Generalkommission der Gewerkschaften gemäß ihres Auftrages vom letzten Kongress der Gewerkschaften das Statut einer Kasse, die für Invalidität und Witwenversorgung eine Versicherung vorzieht.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn solche Einrichtungen geschaffen werden, sie über das hinausgehen, was der Staat an sozialpolitischen Versicherungsanstalten ins Leben gerufen hat, allerdings wird auch eine Grenze nach oben hin gezogen, da die Bestimmungen, die jede Versicherung fordert, keine militärischen sein können.

Die Generalkommission hat die finanzielle Grundlage des Unternehmens mit peinlicher Gewissenhaftigkeit nach den Erfahrungen der Krankenkassen, der Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts- und Altersversicherung geprüft. Während der Verein Arbeiterpresse einen Beitrag von 6 Prozent des Gehalts fordert, glaubt die Generalkommission mit einem jährlichen Beitrag von 90 Mk. für die erste Klasse und 60 Mk. für die zweite Klasse auszukommen. Die erste Klasse umfaßt die Gehälter über 2000 Mk. jährlich, die zweite Klasse geht unter diese Gehaltshöhe. Der Beitrag soll ein freiwilliger sein und dahin gesteuert werden, daß die Organisation oder die Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages zahlen. Der Anschluß an den Fonds kann gestiftet werden: Den vollstehenden Angehörigen der Gewerkschaftslokale, Arbeitersekretariate und Krankenkassen; Angestellten (Redakteure, Geschäftsführer, Expedienten, Berichtserstatter) der zur modernen Arbeiterbewegung gehörenden Presse (einschließlich Buchhandlungen); den Schriftführern und Arbeiterinnen, die ihren Haupterwerb in der gewerkschaftlichen und politischen Presse der modernen Arbeiterbewegung finden.

Im Unterstadium ist vorgesehen im Falle der Invalidität, die durch ärztliches Gutachten bestätigt sein muß, eine Jahresunterstützung von 1200 Mk. in erster Klasse und 900 Mk. in zweiter Klasse. Die Witwenunterstützung sollen 600 resp. 450 Mk.

betragen. Für Waisenunterstützung ist in erster Klasse 120 Mk., in zweiter Klasse 90 Mk. vorgesehen. Für die Witwenunterstützung sollen 240 resp. 180 Mk. in erster Klasse und 100 Mk. gezahlt werden. Die Verwaltung des Fonds soll sieben Personen übertragen werden. Drei derselben stellt die Generalkommission aus ihren Mitgliedern, während vier von den am Streik der Generalkommission wohnenden Beschäftigten gewählt werden. Die Kassenverwaltung wird von einem Mitglied der Generalkommission geführt.

Wird auf dem nächsten Gewerkschaftskongress kein erheblicher Widerspruch gegen das Statut erhoben, so ist Hoffnung vorhanden, daß es am 1. Oktober 1902 in Kraft tritt. Sehr zu empfehlen wäre eine Bestätigung beider Korporationen, des Vereins Arbeiterpresse und der Generalkommission, damit ein gemeinsames Werk zu Stande kommt, denn je größer die Zahl der Mitglieder, um so sicherer gestaltet sich die Grundlage der Kasse.

Der Achtstundentag in der Landwirtschaft. In den Jahrbüchern für National-Ökonomie und Statistik veröffentlicht Dr. Leo Anderlind eine interessante Betrachtung über den achtstündigen Arbeitstag in den verschiedenen Agrarländern, wie er in Spanien in einigen Gegenden Aragoniens bereits seit 40 Jahren üblich ist. Während der achtstündige Arbeitstag in den gewerblichen Betrieben jenes Landes nicht vorkommt, halten die Landwirthe an ihm fest. Wie Anderlind mittheilt, erstreckt sich in den Gegenden der Provinz Aragonien, wo der landwirtschaftliche Achtstundentag eingeführt ist, die Arbeit während des Sommers auf die Zeit von 4 Uhr Morgens bis 12 Uhr Mittag, im Winter auf die Stunden von 8 Uhr bis zum Sonnenuntergang. Bei dringenden Arbeiten, namentlich in der Erntezeit, werden Ueberstunden geleistet, die besonders bezahlt werden. Die Höhe des Tagelohns ist im Allgemeinen abhängig von der Nachfrage nach Arbeitern; der Lohn steigt im Sommer bis auf 4,5 Pfg. (3,60 Mk.) und sinkt im Winter bis auf 2 Pfg. (1,60 Mk.). Das Einkommen des Tagelohners im Jahresdurchschnitt berechnet der Verfasser auf annähernd 1200 Pfg. (960 Mark). Der Lohn für die Ueberstunden ist kein feststehender. Er wird zwischen Arbeitgeber und Arbeitern vereinbart. Gewöhnlich beträgt er für zwei Stunden den vierten Theil, für vier Stunden die Hälfte des für die Achtstundenarbeit bezahlten Tagelohnes.

Die „Kreuzzeitung“ hält diese Arbeitsweise für verwerflich, weil die Arbeiter dadurch Zeit gewinnen, in die Wirtschaftshäuser zu gehen. Nun, den Schnaps-genuß haben die ostelbischen Agrarier mit ihrer Arbeitsmethode erst recht nicht ausrotten können. Schnaps, Methy und andere die Gesundheit vernichtende Getränke werden in den östlichen Provinzen Preußens auf jeden Fall in größeren Mengen verbraucht als in Spanien. Bisher wurde immer angeführt, daß eine geregelte Arbeitszeit auf dem Lande undurchführbar sei. Da nun an den angeführten Beispielen die Gegentheile bewiesen ist, magt das Junkerorgan die Behauptung nicht mehr aufzustellen und belundet dadurch, daß es an die Behauptung seiner Argumente selbst nicht glaubt.

## Vom sozialen Kampflage.

Gegen das Dreistuhlssystem wenden sich die Weber in Gera. Die dortige Firma Köblich u. Josephsohn hat die Löhne für eine Reihe von Artikeln fortgesetzt gekürzt und dadurch zumege gebracht, daß die Weber sich dem von der Fabrikleitung systematisch betriebenen Versuch zur Einführung des Dreistuhlsystems theilweise fügten. Dabei beträgt der Gesamtlohn jetzt noch weniger wie früher, wo ein Weber nur zwei Stühle bediente. Dem Faß den Boden ausgeschlagen hat nun die Befürchtung, daß die Firma noch weiter gehen und das Vierstuhlssystem einführen könnte. Die Weber und Weberinnen, welche jetzt auf drei Stühlen arbeiten, wollen nun die Bedienung des dritten Stuhles verweigern und, wenn es nicht anders geht, lieber auf die zweite Arbeit bei der Firma verzichten. Ein großer Theil der Löhne ist bereits organisiert.

Die Solinger Scheerenfabriker haben in einer von 300 Mitgliedern besuchten Versammlung den Streik gegen neun Fabrikanten erklärt. Es handelt sich um solche Firmen, welche bisher den Preis nicht zahlten oder durch Aussperrung der Arbeiter die gesperrten Fabrikanten unterstützten.

Die Böttcher auf dem Salzbergwerk Neu-Staßfurt, 11 an der Zahl, hatten Anfangs dieses Monats ihre Kündigung eingereicht wegen wiederholter Mißregelung von drei Kollegen, die als Bevollmächtigte und Kartellvorsitzender fungierten. Durch Niederlegung der Arbeit wollte man die Werkleitung, deren Kapitalien sich nach Millionen beziffern, zur Anerkennung des Koalitionsrechts der Arbeiter zwingen. Aber — der Streik kam garnicht zum Ausbruch, vielmehr arbeiteten die Böttcher nach der Kündigung ruhig weiter. Der Werkleitung wird das Verhalten ihrer Böttcher mächtig imponiert haben.

Die in Schönebeck auf dem Neubau der Nat.-Radior-Eisenfabrik als Arbeiter beschäftigt gewesenen Kollegen haben auswärts Beschäftigung gefunden. Es gelang dem Kaufmann, die gesperrten Plätze zu besetzen.

Der langwierige Kampf der Nordhäuser Tabakarbeiter ist beendet worden. Das Komitee des Ausstandes veröffentlicht hierüber folgendes:

Nachdem nochmals die Kommission bei den acht Fabrikanten vorstellig geworden, um über die Einstellung der Arbeiter, sowie Herbeiführung eines Friedens zu unterhandeln erklärten die acht Fabrikanten, einen kleinen Theil ihrer Arbeiter einstellen zu wollen.

Angesichts des sich in den letzten Wochen immer ungünstiger gestaltenden Kampfes war es eine Nothwendigkeit, zum Abschluß zu kommen. Die schlechte wirtschaftliche Lage, die er-

hämliche Entlassung eines großen Teiles der Arbeiterkraft aus der Umgebung von Nordhausen hatte es dahin gebracht, daß immer mehr Streikbrecher sich in den Fabriken einfanden und in den letzten Wochen die acht Fabrikanten in großer Zahl klagten.

So wäre es dem angeht der drohenden Arbeitslosigkeit, die wie im kommenden Winter zu erwarten haben, eine Thorheit gewesen, den Kampf länger zu zögern. Wohl standen uns noch Unterstützungen zur Verfügung, aber es lag uns fern, für eine aussichtslose Sache das Geld zu verpulvern. Das wirkliche Ende des Unfalls, der 27 Wochen gedauert hat, dürfte freilich noch eine Zeit anhalten, die Wiedereinstellungen der Arbeiter erfolgen nur langsam und gewählt.

Der Kampf hat bis zur 24. Woche 101 038,94 Mk. gekostet. Die acht Fabrikanten haben versprochen, ferner nichts gegen den Verband zu unternehmen, jedoch wissen wir, was solche Versprechungen bedeuten. Es sind Angelegenheiten vorhanden, die darauf hindeuten, daß man die organisierten Arbeiter auf keine Weise zu knebeln versucht. Wir richten an diese Herren die Bitte an die Konsumenten, das Mittel des moralischen Widerstandes gegen die in Frage kommenden Fabrikanten, den Boykott, nicht aufzugeben. Wir fordern nach wie vor eine Einigung der Fabrikanten mit ihren Arbeitern und verlangen die volle Gewährung des Koalitionsvertrages. Erst dann kann ein wirklicher Frieden sein, wenn den Arbeitern ihr gutes Recht wird. In den bekannten Fabriken, die den gerechten Schiedsspruch anerkennen haben, arbeiten rund 500 Labormitarbeiter und Arbeiterinnen im friedlich geregelten Verhältnis. Weitere 600 Arbeiterinnen mit den acht Fabrikanten im Kampfe und sind heute noch zum größten Teile ausgesperrt. Hier hat die Arbeiterkraft die Macht, und auch ferner durch Aufrechterhaltung des Boykotts zu unterstützen.

## Korrespondenzen.

**Barmer.** In der am 30. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Bleicherarbeiter und Plätterinnen referierte Kollegin Bieg über das Thema: "In unserer Lage verbesserungsbedürftig?" Die Rednerin verbreitete sich zunächst über den Lohn und führte den Nachweis, daß in der Bleicherei eine niedrige Bezahlung vorherrschte. Häufig wird von den Besitzern der Bleichereien Kost und Logis gegeben, die oft in ungenügender Qualität, das Logis in minderwertigen Zuständen. Die Arbeitsleistungen sind gesundheits-schädlich, namentlich für die jungen Plätterinnen, deren Körper noch im Wachstum begriffen ist. Die gebräute Stellung, das Einatmen der Dämpfe, das Arbeiten in ungenügenden Räumlichkeiten und die lange Arbeitszeit bewirken, daß widerstandsfähige Körper erkranken, Herden, widerstandsfähige aber die Reime zu mannigfachen schleichenden Leiden in sich aufnehmen. Dazu kommt noch die Behandlung durch den Bleicher. Die Bleicher könnten manches besser, für die Arbeiterinnen vieles erträglicher gestalten, wenn das zum Schutze der Arbeiterinnen bereits gesetzlich Geschaffene beachtet würde und die Schmutzkonturierung unter den Bleichern die Arbeiterinnen etwas weniger als Ausbeutungsobjekt erwählen wollte. — An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, die ihrerseits Berichte von der Behandlung der Arbeiterinnen mitteilen und über Fälle berichten, in welchem die Bleicher die Rechte ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen mißachteten.

**Bornstedt.** Am 29. Oktober tagte im Lokale der Witwe Krüger in Bornitz eine öffentliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung zwecks Gründung einer Zählstelle. Kollege Elbert-Potsdam legte der Versammlung den Zweck und Nutzen der Organisation dar. Sein Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und wurden auch neue Kollegen für den Verband gewonnen. Die Versammlung brachte die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Unter "Verschiedenes" wurden noch einzelne interne Angelegenheiten der Zählstelle Potsdam und Bornstedt besprochen. Zugleich wurde auch bekannt gemacht, daß jetzt jeden Sonnabend im Lokale der Witwe Krüger Zählabend ist.

**Cannstatt.** Sonntag, den 3. November, tagte unsere alljährlich einmal stattfindende Hauptversammlung im "Möhl". Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes ergab, daß es nicht gelungen ist, den Mitgliederbestand vom vorigen Jahre zu halten, weil in Folge der Krise die Agitationsfähigkeit nicht in dem Maße entfaltet werden konnte, wie es voriges Jahr gesehen ist. Der Fortfall der Krankenunterstützung hat auch dazu beigetragen, daß Mitglieder, die nur im Hinblick auf diese Unterstützung die Mitgliedschaft erworben hatten, fern blieben. Der Lokalfonds ist seit Oktober vorigen Jahres von 103 Mk. auf 592 Mk. angewachsen. (In unserem Streikfonds ist augenblicklich ganz Ebbe. D. A.) Den Bericht von der Gaulonsferenz erstattete Kollege Benz. Im Anschluß daran entfaltete sich eine lebhafte Auseinandersetzung über die gefassten Beschlüsse. Bei Anträgen zum Dispositum wurde beschlossen, die Unterstützung auf Todesfälle von Frauen der Mitglieder auszubehalten, und sie nicht mehr durch Umlageverfahren, sondern aus der Lokalkasse zu bezahlen. Im verfloffenen Jahre wurde kein Sterbefall ausbezahlt. Dann wurden die Vorschläge der Bevollmächtigten und Wahlen zum Vorstand erledigt. Unter "Verschiedenes" wurde die vorzunehmende Hausagitation besprochen und Kollegen, die dazu Leisung und Talent besitzen, zur Teilnahme aufgefordert. Für das Winterhalbjahr ist die Abhaltung einiger Vorträge vorgesehen. Nach einer mit Beifall aufgenommenen Ansprache des Kollegen Burghard erstattete Kollege Wörner die Anwesenden, mit ganzer Kraft für unsere Sache zu wirken. Die Zeitung der Zählstelle könne nicht allein die Agitation betreiben, die Kollegen müßten mithelfen, die uns fernstehenden Kollegen aufzuklären.

**Segeröheim.** Am 28. Oktober hielt die hiesige Zählstelle ihre Versammlung ab. Es wurde erledigt die Abrechnung und die Wahl der Bevollmächtigten und Revisoren; außerdem wird beschlossen, eine Hausagitation vorzunehmen.

**Freital.** Mittwoch, den 30. November, tagte im Lokale des Herrn Schneider eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung; Kollege Geinzel aus Striegau referierte über "Der Kampf ums Dasein, die gegenwärtige Krise und wie kann sich der Arbeiter dagegen wehren." Redner führte aus, daß in der Zeit des Aufschwunges, als der Millionenregen über Deutschland sich ergoß, die Arbeiter nur ganz vereinzelt von diesem Segen in Gestalt besserer Bezahlung etwas abbekommen haben. Die Unternehmer haben in planloser Weise die Produktion zu steigern gesucht. Die dadurch entstandene Überproduktion ist noch durch den verminderten Verbrauch der werktätigen Bevölkerung gesteigert worden, der Absatz kam dann ins Stocken, Preissturz trat ein, es trat die Krise ein. Von einem Erzeugungszeig ging sie zum anderen über, heute ist sie allgemein. Eine Verschärfung erfolgt sie durch die geplante Lohnerhöhung. Verschlechterung der Erwerbsbedingungen, Verringerung der Arbeitsgelegenheit und des Lohnes ist gegenwärtig für die Arbeiter vorhanden, dazu soll eine künstliche Preissteigerung der Lebensmittelpreise kommen. Dann hat Redner Stellung zu nehmen zu den sozialen Verhältnissen. Wie es an anderen Orten zweigeteilt gibt, die sich durch einen Geist der Unabdsamkeit gegen ihre politischen und sozial anders denkenden Arbeiter auszeichnen, so auch hier. Man denkt, der Arbeiter ist verpflichtet, zu denken wie der Unternehmer, als ob der Letztere mit dem Kauf der Arbeitskraft des Arbeiters auch das Bestimmungsgewalt über dessen Bestimmung erhalte. Hier sind die zwei Bevollmächtigten unseres Verbandes entlassen worden. Sie arbeiteten lange Jahre bei dem in Frage kommenden

Arbeitsverhältnisse. Das ist ein Beweis, daß es ständige bruchbare Arbeitsverhältnisse waren. Man muß an Arbeit ist auch nicht der Grund der Entlassung gewesen, denn in einem solchen Falle entläßt man längere Arbeitskräfte, nicht diese, bewährte Arbeiter. Der Grund der Entlassung ist also auf anderem Gebiete zu suchen. Die beiden Kollegen hatten eine eigene Überzeugung, wegen Selbstständig zu denken, das soll ein Arbeiter nicht, der soll machen wie die Maschine, mechanisch, ohne Nachdenken. Dann erwarteten die Herren Unternehmer noch, die Arbeiter sollen als ihre Verteidiger und Sachwalter auftreten, wenn in der Presse keine Loblieder auf ihre Handlungen gesungen werden. Der als Arbeitgeber Handlungen begreift, die ihm zum Ruhme gereichen, der kann auch auf Anerkennung bei der Arbeiterpresse rechnen. In der Diskussion wählten wir noch einige Redner zum Worte, welche sich über die Entlassung der beiden Kollegen äußerten, und ihre Mißbilligung darüber aussprachen, daß der Herr Direktor der Schießscheide doch die Entlassung zweier Arbeiter, die 9 und 13 Jahre auf der Fabrik tätig waren, gerade im Winter vorzunehmen. Vergessen wurde man diese Tat nicht.

**Genetig.** In der letzten Versammlung wurde ein Artikel der "Mündener Post" über den Streik in der Papierfabrik Gmund (Besitzer Brunner) verlesen. Dieser Artikel handelt zum Teil über das Benehmen des Herrn Brunner, unter anderem ist darin bemerkt, daß eine Arbeiterin eines Tages statt um 8 um 6 Uhr nach Hause gehen wollte, um ihrer Familie Lebensmittel heranzubringen, sie meldete sich daher beim Chef und bat um Erlaubnis zum Weggehen. Da kam sie aber an den rechten Mann, denn Herr Brunner fuhr sie an: "Gute Brotsuppe ist gleich gekocht!" Kollege Sommer kritisierte die Worte und sagte, daß es Schimpf und Schande ist, wenn der Arbeiter das ganze Jahr hindurch schuftet und für einen so geringen Lohn, und auch noch so einer Behandlung unterliegt, und fordert die Kollegen auf, fest und trenn zur Organisation zu stehen und immer mehr Kollegen zu gewinnen. Kollege Egger kommt auch auf den Streik zu sprechen und sagt, daß es bedauerenswert sei, wenn der Herr Dr. Arbeiter ansieht, die der Arbeit nicht vorstehen können. Zum Schluß kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag.

**Göppingen.** Sonntag, den 27. Oktober, Nachmittag 2 Uhr, tagte unsere jährliche Generalversammlung bei Hald, "Zur Gaislinger Bierhalle". Nachdem einige Renonciaturen gemacht waren, erstattete Kollege Mägel Bericht von der Gaulonsferenz in Heilbronn. Darauf gab Kollege Hauser den Kassenericht vom 3. Quartal, welcher von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Nachdem dieser Punkt erledigt war, gab der 1. Bevollmächtigte Kollege Mägel einen langen Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr. Danach wurden abgehalten 24 Mitglieder-Versammlungen, 7 Fabrikversammlungen und 1 öffentliche Versammlung. Waren die Resultate dieser Versammlungen im Allgemeinen auch keine befriedigende, so ist doch immer ein Fortschritt zu verzeichnen. Das Gleiche gilt auch von der öffentlichen Versammlung am 19. April, in der Kollegin Bieg referierte. Besonders empfahl der 1. Bevollmächtigte den Beschluß der Gaulonsferenz betreffs Abhaltung von Hausagitation, und forderte die Kollegen auf, daß sie, wenn dieselbe in nächster Zeit am Orte unternommen wird, sich auch zahlreich zur Verfügung stellen sollen. Es wurden vorgeschlagen als 1. Bevollmächtigter Mägel, als 2. Hauser, als 3. Holzmann; als Revisoren Gänge, Wid und Krieger.

**Halle-Nord.** Am 12. Oktober tagte die regelmäßige Mitglieder-Versammlung auf der Wilhelmshöhe. Um dem Antrag der Zählstelle Halle-Süd nachzukommen, waren Kollege Müller und seine Arbeitskollegen, sowie die Verwaltung ergrabennter Zählstelle eingeladen worden, betreffend die Entlassung beziehungsweise die Maßregelung Köffers. Es kam während dieser Verhandlung zu einer lebhaften Debatte, weil die Kollegen uns das Recht freitrag machen wollten, gegen die Beschlüsse zu protestieren, welche in ihrer Versammlung betreffend die Anerkennung einer Maßregelung des Kollegen 2 gefaßt waren. Die Versammlung war der Meinung, daß wir berechtigt sind, als Verbandskollegen, welche über die Entlassung besser informiert sind, in derselben keine Maßregelung erlassen können, ganz energisch dagegen protestieren zu können. Auch von mehreren der früheren Arbeitskollegen des Kollegen 2 wurde angeführt, daß derselbe nicht gemäßigert worden ist, sondern nur durch Verunsicherung von der Arbeit entlassen worden ist. Unter anderem wurden folgende Fragen an die Verwaltung der Zählstelle Halle-Süd gestellt, welche leider nur zu einem kleinen Teil beantwortet sind? Warum hat sich 2 nicht an seine Arbeitskollegen gewandt, wenn seine Entlassung eine Maßregelung darstellt? Weshalb lehnte es die Zählstelle Halle-Süd ab, eine Kommission zu wählen, welche sich mit seinen Arbeitskollegen in Verbindung setzen sollte? Weshalb wurde damit verfahren, daß in der Versammlung beschlossen wurde, mit seinen Arbeitskollegen absolut nicht in Verbindung zu treten? Weshalb waren die Verwaltung und Kollege 2 nicht in der Besprechung erschienen, welche von Seiten der früheren Arbeitskollegen anberaumt war? Und weshalb hat 2 die Verwaltung aufgefordert, nicht in der Besprechung zu erscheinen? Welchen Zweck verfolgte die Verwaltung damit, daß sie dem an dem Hauptvorstand gerichteten Antrag zur Unterstützung des Kollegen 2, den Protest, welchen die Mitglieder der Minorität erhoben, nicht mit beifügte, trotzdem das doch nach § 10 unseres Statutes unbedingt notwendig war? Hiermit wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht und zwar als 1. Gruber, 2. Schmalz, 3. Kleintin und als Revisoren Müller, Köbe und Schönefeld. In der Entlassung des Kollegen Köbe erblühte die Versammlung eine Maßregelung und die Verwaltung wurde beauftragt, dieses dem Hauptvorstand zu berichten. Unter "Verschiedenes" wurde noch das zweite Stiftungsfest gestreift und zwei Hilfskassierer gewählt, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Hamburg.** Mitglieder-Versammlung vom 17. Oktober bei Horn, Hohe Viechen. Zunächst verlas Kollege Dänninghaus die Abrechnung vom 3. Quartal. Den Geschäftsbericht für das verfloffene Geschäftsjahr 1900/1901 erstattete Kollege Ahrens. Danach haben Parteilanden 12 regelmäßige Mitglieder-Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen, sowie 1 Extra-Versammlung. Die Verhältnisse gestalteten sich wie folgt: Verbandskasse: Einnahme 2598,90 Mk. Lokalkasse: Einnahme 1938,55 Mk. Kassenerstand am 1. Oktober 1901 221,04 Mk. Ferner wurden auf Sammellisten 417,10 Mk. aufgebracht. Der Lokalkasse wurden für Streiks 290,70 Mk. entnommen. Die Bevollmächtigten und Revisoren wurden alsdann in Vorschlag gebracht und Bericht von der Gaulonsferenz in Kiel durch den Kollegen Ahrens erstattet. Zum Schluß forderte der Kollege Ahrens die Versammelten auf, im kommenden Jahre wie bisher für den Verband zu agitieren.

**Hersberg.** In der Mitglieder-Versammlung am 22. Oktober gab Kollege Gutwirth den Vorstandsbericht vom verfloffenen Geschäftsjahr. Zunächst gedachte er in seinen Ausführungen der verschiedenen Lohnbewegungen, an denen unsere Zählstelle beteiligt war. In den meisten Fällen sind dieselben durch Verhandlungen mit den Unternehmern geregelt. Nur auf den beiden Konferenzen in: Gehlung und Gebrüder Ude bedauerte es einer dreitägigen Arbeitsüberlegung, um den täglichen Lohnsatz der Frauen von 1,75 auf 2,00 Mk. zu erhöhen. Die städtischen Gas- und Wasserwerke haben Kuger Weife, bevor es zu Verhandlungen kam, den Lohn von 3 auf 4 Mk. pro Tag erhöht. Nur beim Sammelstreik ist es leider nicht möglich gewesen, denselben durch Unterhandlungen zu verhindern, da der Streik sehr schnell und unvorbereitet gekommen ist. Da aber die

Frauen auch hier sich einig waren, so war Hoffnung vorhanden, daß nach kurzer Zeit der Streik beendet ist. Leider ist durch den Massenstreik die Sache nicht besser geworden. Hoffentlich bleiben wir in Zukunft von solchen überaus schmerzhaften Streiks verschont. — Briefe wurden abgelesen: für Hersberg 895, nach auswärts 292, Dresden 13. Hiervon erfolgte die Abrechnung vom 3. Quartal 1901. Sodann wurden die bisherigen drei Bevollmächtigten fürs nächste Jahr wieder in Vorschlag gebracht. Ebenso die Revisoren. — Genosse Martens gab den Bericht des Hauptvorstandes. Bei der Wahl derselben wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

**Herrn.** In der Mitglieder-Versammlung am 10. Oktober bei Sieberling gab der erste Bevollmächtigte den Jahresbericht. Es fanden im verfloffenen Jahre 12 Mitglieder-Versammlungen statt. Vorträge wurden 6 gehalten. Vorstandssitzungen fanden 19 statt. Ferner wurden 4 abgehalten. Unterstützung wurde 8 Kollegen gewährt. Die Abrechnung vom 3. Quartal ergab: Einnahme 788,44 Mk., Ausgabe 471,14 Mk., Kassenerstand 297,30 Mk. Sammellisten für den Streik der Glasarbeiter 104,45 Mk. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Als Bevollmächtigte wurden Ahrens, Biese, Jentsch vorgeschlagen, als Revisoren Behring, Martens und Meerfeld. Als Hilfskassierer wurden gewählt Meerfeld, Kröger, E. Biese, Puls, Timm, Haack, Schütz und Götze, zu Ehrerkontrollanten Krause, Martens, Thiel und Biese, zur Fahnenkommission Weinberg, Krause, Timm und Schmidt, als Bibliothekare Ahrens, Biese und Puls. F. führte aus, daß bei der Firma Martens in der Wendestraße die jetzigen Kollegen entlassen wurden, die keine Lieberstanden machten, obgleich sie von nichts wußten, daß länger gearbeitet werden sollte. Herr Meier, Besitzer eines Bleichereibetriebes am Hammersteindamm, hatte im "Hamburger Echo" erklärt, daß er keine Arbeiter unter 18 Mk. pro Monat beschäftige. Bei einer darauf folgenden Zusammenkunft mit den Arbeiterinnen stellte sich heraus, daß Herr Meier tatsächlich noch Arbeiterinnen für 14,50 Mk. monatlich beschäftige. Aus Mitleidigkeit Herr Meier den Arbeiterinnen zum 15. Oktober, gleichzeitig aber kündigte die Arbeiterinnen der Meierhütte und erklärten sich mit ihren Kolleginnen solidarisch. Es wurde zum Schluß erwähnt, sich auf nichts einzulassen, bevor die Sache geregelt ist. Dann wurde beschlossen, dem Streikfonds 100 Mk. zu überweisen, und ein Antrag angenommen, den Delegierten zu den kommenden Sitzungen 1 Mark zu bewilligen.

**Herrn.** Am Sonntag, den 13. Oktober, hielt unsere Zählstelle im Lokale von Adam Schöppler eine öffentliche Versammlung ab, in welcher unsere Kollegin Frau Kröger aus Offenbach a. M. über: "Der Kampf ums Dasein während der Krise" referierte. In dem 1 1/2 Stunden währenden Vortrag führte sie den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen, weil gerade in der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges der Kapitalismus und das Ausbeutertum sich mächtig regen, um den Arbeitern die Vorteile, welche sie sich in der Zeit der guten Konjunktur errungen haben, wieder zu entreißen. Während bei Streiks die Arbeitswilligen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln beschützt würden, würden jetzt (zur Zeit der Krise) die Arbeitswilligen von dem Unternehmertum zu Tausenden brotlos gemacht, und die Übrigen müßten um wahre Hungerlöhne arbeiten. Hier muß die Rednerin die Frage auf, wie es die Regierung verantworten könne, bei der jetzigen schlechten Zeit, wo der Arbeiter mit jedem Pfennig rechnen muß, auch noch mit dem Brotwundergott zu kommen, der das arbeitende Volk so ungeheuer belassen würde, sodaß Tausende von Familien am Hungertuch nagen müßten, nur damit das ein Hand voll der Herren Agacrier ihre unergründlichen Taschen gefüllt bekommen. Die Rednerin ermahnte die anwesenden Kolleginnen und Kollegen, dem Verbands tren zu bleiben und denselben immer mehr neue Mitglieder zu gewinnen, damit an der geschlossenen Einigkeit der Arbeiterkraft die Macht des Kapitalismus und Unternehmertums zu Schanden werde. Allgemeiner Beifall folgte diesen Ausführungen, und war es bloß zu bedauern, daß unsere Kollegen so wenig zahlreich erschienen waren. Während die Mitglieder anderer Gewerkschaften so zahlreich erschienen waren, daß sie den großen, etwa 400 Personen fassenden Saal bis auf den letzten Platz anfüllten, waren unsere Kollegen noch nicht einmal in der Zahl anwesend, wie sie in jeder gewöhnlichen Monatsversammlung erschienen. Es beweist dies wiederum, daß noch eine große Interessenslosigkeit unter uns herrscht, und daß hier noch eine große Arbeit zu bewältigen ist, damit die Kollegen das werden, was sie sein sollen und sein müssen, nämlich zielbewußte Arbeiter.

**Hof.** Am 13. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Am 1. Punkt der Tagesordnung kamen die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag. Unter Punkt 2 legte der 2. Bevollmächtigte die Abrechnung vor. Diefelbe wurde für richtig befunden. Nach einigen aufmunternden Worten des Kollegen Ebert erledigte die Versammlung bis zu ihrem Schluß Lokalanangelegenheiten.

**Jahnsfeld.** Am 20. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung. Es wurde bei der Kassenerichton festgestellt, daß noch Marten & 10 und 15 Bfg. fehlten, welche sich im Besitze des Hilfskassierers B. Krüger befanden. Hiermit wurde die Abrechnung geprüft und für richtig befunden. Der Kollege Ehrenberg befragte, daß nächstes Mal solche Irrtümer zu vermeiden wären, wenn sie müßten nur Schwierigkeiten für den Hauptkassierer.

**Kolberg.** Am 27. Oktober tagte unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung in Wülfenburg's Lokal. Es kam die Arbeitsgelegenheit auf dem Kaiserbau zur Sprache. Auf der höchsten Artilleriekaserne macht eine Berliner Firma die Zementarbeiten; von der hiesigen Unternehmung ist der Firma gesagt worden, nicht einen Stundenlohn über 30 Pf. zu zahlen, unsere Kollegen verlangen aber bei der schweren Arbeit einen Stundenlohn von 35 Pf., welchen die Firma mit dem Bedenken verweigerte, sie würde sich ihre Arbeiter aus Belgard holen. Sie Belgard ist vor 2 Jahren eine Kaserne gebaut, wo dieselbe Firma die Zementarbeiten mit billigeren Löhnen herstellte, und glaubte sie die Kollegen einschüchtern zu können. Aber weil gefordert. Am Vormittag unserer Versammlungstage reiste der Kollege nach Belgard, um sich die Sache zu holen. Nach von unseren Kollegen reisten zwei nach Belgard, um die dortigen Kollegen über die hiesigen Verhältnisse aufzuklären. Die Belgarder Kollegen erklärten, sich nicht als Lohnbrüder gebrauchen zu lassen, und so müßte der betreffende Kollier unzureichender Sache wieder abziehen. Am Montag kommt die Arbeit in ruhiger Weise fortgesetzt werden. Das Unternehmertum wird hieraus die Lehre ziehen können, daß die organisierten Arbeiter sich nicht zu Lohnbrüder gebrauchen lassen. Sodann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Leubsdorfer a. Rh.** Am 20. Oktober tagte im Lokale Jenz unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung. Kollege Schreiner erstattete den Rechenschaftsbericht. In kurzen Zügen schilderte er die Tätigkeit und Entwicklung der Zählstelle im letzten Jahre. Es fanden 14 Vorstandssitzungen, drei öffentliche und 24 Mitglieder-Versammlungen statt. Von letzteren 6 mit Vortrag. In den öffentlichen Versammlungen referierten: Genosse Benzel von hier, Kollege Berg aus Hannover und Frau Kröger aus Offenbach. Alle 3 Versammlungen brachten uns einen kleinen Zuwachs an Mitgliedern, doch ließ jedesmal der Besuch viel zu wünschen übrig, namentlich von Seiten der Mitglieder. Die Anteilnahme der ungeladenen Arbeiter an den Organisationsbestrebungen ist eben noch zu gering. Es geht ihnen offenbar noch zu gut. Und doch sind die hiesigen

Verhältnisse nicht gerade die besten, da eine große Prozentzahl genötigt ist, jeden 2. Sonntag 24 Stunden zu arbeiten. Da kann man denn in allen Lagen darüber wehnen hören, daß das eine Plage sei, aber daß sich die Betroffenen der Organisation anschließen, welche ja jeder Zeit für größtmögliche Verfügbarmachung der Arbeitszeit eintritt, daran ist garnicht zu denken. In Bezug auf die Mitgliederübersicht ist die Zahl der Mitglieder das Verhalten verschiedener Mitglieder, welche immer nach Referenten schreiben, und wenn endlich einmal einer zu erhalten sei, so spreche derselbe meist immer vor leeren Tischen, da die ärgsten Schreier nicht erscheinen. Es sei dies beschämend für die Zahlstelle im Allgemeinen und für den Vorstand speziell gegenüber dem Referenten. Er hoffe daher, daß hier endlich einmal Wandel eintrete und sich die Mitglieder ihrer Pflicht bemüht werden. Die Entwicklung der Zahlstelle veranschaulicht Redner in folgenden Zahlen. Mitgliederbestand am 1. Oktober 1900: 408 männliche 5 weibliche; am 1. Oktober 1901: 537 männliche 8 weibliche. Es traten ein 430, aus 261 Mitglieder; es traten zu 15, ab 65 Mitglieder. Die absolute Zunahme beträgt also 137 männliche und 3 weibliche Mitglieder. Wahrscheinlich, ein verhältnismäßig kleiner Erfolg in Anbetracht der jetzigen Verhältnisse und der Arbeit, welche geleistet wurde. Der Hauptteil der Zunahme kommt noch auf die Sektion Griesheim, wo sich der Mitgliederbestand verdreifacht hat, nämlich von 50 auf 150. Die Mitgliederzahl der Sektion Stadt ist zurückgegangen. Kollege Schreiner kritisierte noch die markantesten Punkte der letzten Periode, als da sind: Die Werkstattversammlung, welche sich mit den Verhältnissen in der Weinsteinfabrik beschäftigte, die Verteilung des Prekurses, unsere Anträge an das Kartell u. s. w. Der Bericht wurde mit Beifall aufgenommen und meldete sich zu demselben Niemand zum Wort. Kollege Hirsch gab hierauf die Abrechnung und wurde ihm Decharge erteilt. Den Bericht von der Generalversammlung des Kartells erstattete Kollege Karl. Unter verschiedenen wurden einige interne Angelegenheiten verhandelt und zum Schluß ein Antrag Schreiner angenommen, aus der Kartellkasse 100 Mark dem Sekretariatsfonds zu überweisen.

Magdeburg. Am 3. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei H. Bartels, welche sehr gut besucht war. Zum 1. Punkt der Tagesordnung referierte Genosse Stiebel über: Revision des Krankenversicherungsgesetzes. Der Redner führt den Anwesenden die noch vielfach vorhandenen Mängel in demselben vor Augen und fordert die Kollegen auf, mit Beiträgen, dieselben zu beseitigen. Zum Punkt 2. teilt Kollege Matthes bekannt, daß von dem Gewerkschaftskartell der Beschluß gefaßt sei, bei den bevorstehenden Gewerbeverordnungen aus den Reihen der dem Kartell noch nicht angehörenden Zimmerer, Maurer und Bauarbeiter keine Kandidaten aufzustellen. In der Versammlung wird darauf hingewiesen, einen Ausgleich zu Stande zu bringen, da es doch leicht zu Untruglichkeiten innerhalb der Gewerkschaften führen könne. Zum Punkt 3. macht Kollege Hoft auf das Abbleiben des Abgeordneten Bruno Schönknecht aufmerksam und erhebt sich die Versammlung zu Ehren des Dahingegangenen von ihren Plätzen. Nachdem die Kollegen noch aufgefordert worden, ihren zum Verband zu stehen, erfolgt Schluß der Versammlung.

Weissen. Am Sonntag, den 27. Oktober, tagte im Thurnhaus eine öffentliche Versammlung, welche leider schwach besucht war. Das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung: Die Organisation zur Hebung der Lage der Arbeiter, hatte Genosse Scherfke-Mietzen übernommen. Derselbe wies an der Hand statistischen Materials nach, daß in dem Verhältnis, wie sich die gewerkschaftlichen Organisationen entwickelten, sich auch die Lage der Arbeiter verbesserte, welches sich zum Teil im Steigen der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bemerkbar machte. Redner wies auch auf die Organisationen der englischen Arbeiter hin und betonte, daß dort trotz kürzerer Arbeitszeit die Löhne viel höher sind. Soll eine Organisation aber erfolgreich tätig sein, so muß jedes Mitglied seine Pflicht erfüllen. Nachdem die anderen Punkte erledigt waren, wurde das Vorgehen der Firma Christian Leichert einer scharfen Kritik unterzogen. Dort wurden den Arbeitern, ohne daß man es vorher bekannt gegeben hätte, am Jahrtage 3 Pf. pro Stunde abgezogen, trotzdem die Karte bloß 2 Pf. die Stunde hatten. „Wenn es nicht paßt“, hieß es, „soll seine Wege gehen.“ Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß diese Lohnkürzung wieder eine Mahnung sein solle, daß sich die Arbeiter, und besonders die schlechtestgestellten, welches die Hilfsarbeiter sind, in ihrer Masse organisieren müssen. Würden die Arbeiter organisiert sein, so würde sich das prozenthafte Unternehmertum nicht erlauben, von dem Hungerlohn noch einige Pfennige abzuzwecken. Jedes einzelne Mitglied müßte daher in der Werbung von Mitgliedern thätig sein, um den großen Ausbeutungsgelüsten der Unternehmer einen Damm entgegenzusetzen! Um die Agitation zu heben, wurde beschlossen, die bis jetzt eingeführten Zahlabende aufzuheben und dafür jeden Monat eine öffentliche Versammlung zu veranstalten.

Ubersfel. Am 20. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, tagte im Gasthaus zum goldenen Grunde eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Es wurden die Zustände auf der hiesigen Baumwollspinnerei „Hohe Mark“ einer Kritik unterzogen. Die Firma, die trotz schlechter Geschäftslage immer Mangel an Arbeitern hat, wirbt dieselben aus allen Ecken Deutschlands, ja selbst aus dem Ausland an. Ein verheirateter Arbeiter aus D. Herrsch wurde engagiert mit dem schriftlichen Versprechen, daß er sofort zur Deckung der Reiseflohen einen genügenden Vorkurs erhalten würde. Als der Arbeiter angekommen war, erhielt er keinen Vorkurs, sondern einen Wochenlohn von 13 Mark, die ersten 8 Tage blieben stehen und alle 14 Tage ist Wohnung. Der Arbeiter war gezwungen, um für seine Familie etwas zu verdienen, von Brot und Wasser zu leben. Man sollte man denken, daß bei diesen Hungerlöhnen (2,20 bis 2,50 Mark pro Tag bei eifrigster Arbeit) eine billige Lebensweise in der Fabrikfabrik einzuhalten sein müßte. Aber weit gefehlt! In der Kantine war ein Bett angebracht, in dem bekannt gemacht wurde, daß Pfund Butter und Butterbrot kosten heute ab 70 Pf., die Pfunde 1 Mark, also beide um 20 Pf. teurer als in jedem anderen Gasthaus. Die meisten der verheirateten sowie ledigen Arbeiter sind gezwungen bei dem schlechten Lohn und 14-tägiger Unterzahlung bei dem Wirt zu pumpten. Das Resultat ist, sie erhalten keinen Cent mehr als in jedem anderen Gasthaus. Und um diesen Stand zu erlangen, schäufeln sie den Staub von den Füßen und Armer, als sie gekommen sind, gehen sie von dannen. Jetzt um Schluß. In dem einen Schlafsaal saßen 30 Betten so eng gedrängt, daß man sich nicht rühren kann und keine Kamelien im Zimmer. Hat der eine oder andere Arbeiter den Wunsch, über die Zustände Lage zu erfahren, so fliegt er hinaus. Arbeiter und Arbeiterinnen, wollt Ihr diese Noth und Jammer länger stillschweigend ertragen? Kommt in unsere Reihen, so könnt Ihr mit uns gekämpft um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen. Unsere Versammlungen finden vom 25. Oktober ab alle 14 Tage Sonntag Nachmittags von 3 Uhr ab im Gasthaus zum goldenen Grunde statt.

Quaritzberg. Sonntag, den 13. Oktober, tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Der Kollege Trage erstattete den Bericht von der Gaukonferenz. Der Vorsitz der Ortsverwaltung ergab, daß von Ende des Jahres 5 männliche und 12 weibliche Mitglieder zum Beitritt bereit waren. Eingegangen sind 51 Briefe, 11 Briefchen, 1 Briefchen und 29 Briefchen. Abgegeben wurden 60 Briefe, 2 Briefchen, 6 Briefchen und zwei Briefchen. Der Bericht wurde mit Beifall angenommen und die Rev.

joren in Vorschlag gebracht, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

Ottensen. Generalversammlung am 10. Oktober bei Runge, Ottensen. Nachdem die Abrechnung vom letzten Quartal für richtig befunden, erstattete W. als Delegierter Bericht von der Gaukonferenz in Kiel. Er suchte in längerer Ausführung für seine Idee, Gründung von Sektionen in unserem Verbands, zu erwärmen, und gedenkt, dadurch mehr Mitglieder zu gewinnen. Mehrere Kollegen waren entsetzt, dagegen. Der Bericht der eingegangenen Briefe wurde abgelesen und eine unliebsame Debatte. Obwohl es W. als Delegierter doch bei seiner Wahl anheim gegeben war, dafür auf der Konferenz einzutreten und sich zu erkundigen, wer daran Schuld hätte, schien es nach Aussage mehrerer Kollegen veräumt zu sein. Sodann erstattete der erste Bevollmächtigte den Jahresbericht. Dem erfolgte die Wahl des Vorstandes; dieser wurde in seinem letzten Bestand einstimmig wieder gewählt.

Wostschappel. Am 27. Oktober tagte in „Haus Gasthof“ zu Hildesheim unsere Versammlung. Genosse Niem referierte über: Die Krise und die Aufgaben der Gewerkschaften. Reicher Beifall wurde ihm zu Theil. Der Jahresbericht wurde gegeben und die Kasse in Ordnung gefunden. Die früheren Vertrauensleute wurden wiedergewählt.

Hildesheim. Am 20. Oktober tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Bennenwisch erstattete den Jahresbericht. Es tagten 58 Versammlungen und Sitzungen, 6 Bezirkszahlstellen wurden neu errichtet. Differenzen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnis entstanden bei Müller, Schmalzfabrik, und bei Ruhheim, Chemische Fabrik. Wegen der niedergehenden Konjunktur wurden sie in gütlicher Weise beigelegt. Kollege Bernau gab den Jahresbericht. Die Revisoren beantragten Entlastung. Dann wurden die Bevollmächtigten und Revisoren vorgeschlagen und als Vertrauensmann der Kollege Brenzlum gewählt.

Stettin. Das Vorschlag der Bevollmächtigten und Revisoren wurde in der am 13. Oktober abgehaltenen Versammlung vorgenommen. Auch die Hilfskassier wurden gewählt. Der Kollege Schneider beantragte, das Sterbegeld aus der Lokalkasse nur für die Mitglieder zu gewähren, die noch nicht bezugsberechtigt sind und erst sechs Monate dem Verbands angehören. Das Stiftungsfest wird am 30. November abgehalten. — Den Tabakarbeiter werden 15 Mark bewilligt und die Sammelkassen eingezogen.

Witten i. W. In unserer am 12. Oktober abgehaltenen Monatsversammlung erstattete zunächst der Delegierte den Bericht von der Gaukonferenz. Dann kamen die Bevollmächtigten in Vorschlag. Als erster wurde der Kollege Meier wieder vorgeschlagen, dann die Kollegen Urath und Klein, als Revisoren die Kollegen Wiese, Kurga und Utenberg vorgeschlagen. Da die Abrechnung noch nicht fertig war, so wurde der zweite Bevollmächtigte beauftragt, dieselbe so schnell als möglich zu machen, damit dem Kollegen Urath Alles in bester Ordnung übergeben werden kann. Zu unserm Bedauern müssen wir noch berichten, daß die Arbeiter der Thiel'schen Schneidmühle dem Verband wieder den Rücken gekehrt haben, dieselben kommen uns mit der Ausrufe, daß sie auch ohne unsern Verband mit ihrer Lohnforderung durchgekommen wären. Wir möchten den Kollegen zu bedenken anheim geben, daß der Schwerpunkt der Organisation darin liegt, Ertrügnisse festzuhalten. Das werden die Kollegen nie ohne die Organisation fertig bringen. Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verband zuzuführen, damit wir dem Kapital gemachsen sind, denn vereinzelt sind wir nichts, geschlossen aber viel.

Werder. Am 9. November tagte unsere Mitglieder-Versammlung. Es wurde beschlossen, daß reisende Kollegen, deren Rarengeld noch nicht abgelassen ist, eine Lokalunterstützung im Betrage von 75 Pf. erhalten. In Sterbefällen haben, wenn die Hinterbliebenen solche anmelden, jedes Mal 15 Kollegen der Leiche zu folgen. Das Gesolge wird nach der Reisefolge aus den Kollegen gebildet. Wer im Gesolge nicht erscheint, hat eine Mark an die Lokalkasse zu bezahlen. Der Hauptkassier werden 50 Mark für den Streifonds bewilligt.

Berichtigung. Der Bericht von der Konferenz des Gau 17 läßt dem Gauassessor eine Entscheidung von 20 Mark pro Quartal zu Theil werden; das ist unrichtig, vielmehr muß es heißen: Dieser Antrag wurde abgelehnt. G. Ahrens.

**Abrechnung**  
über die an die Mitglieder der Zahlstelle Glensburg während des Generalstreiks der Glasmacher gezahlten Unterstützungen.

Einnahme.	
Auf Sammelkassen gingen ein	83,95 Mark
Aus der Lokalkasse	30,10 "
Aus der Verbandskasse	708,70 "
<b>Summa</b>	<b>822,75 Mark</b>
Ausgabe.	
3. August: Unterstützung ausbezahlt	34, — Mark
10. "	105,25 "
17. "	76,50 "
24. "	68,50 "
31. "	78,50 "
7. September	90,25 "
14. "	90,25 "
21. "	90,25 "
28. "	79,25 "
5. Oktober	53, — "
12. "	24, — "
An das Mitglied Otto Berner aus Bergedorf an Unterstützung ausbezahlt	33, — "
<b>Summa</b>	<b>822,75 Mark</b>

Glensburg, den 13. Oktober 1901.  
 Joh. Engelbrecht, 1. Bevollmächtigter.  
 Albert Rihs, 2. Bevollmächtigter.  
 G. Rasch, 3. Bevollmächtigter.  
 Revisoren:  
 S. Jensen, J. A. Wichmann, Karl Franke.

**Quittung.**  
Bei der Hauptkasse sind seit dem 30. Oktober folgende Beträge ein:  
 Es werden nur die Gesamtbeträge quittiert, eine Spezialquittung erfolgt an dieser Stelle nicht mehr.

Ludwigshafen 581,85	Selmsdorf 59, —	Wohlth 8,20
Werder a. S. 343,10	Witterfeld 55,10	Könheim 4,05
67,63	Letzin 54,45	Göy 50,89
Alfeld 15,45	Ufen 91,05	RL-Grabenburg 52,60
Freimaldan 135,21	Hirschberg 51,25	Kensfeld 255,15
Frankfurt a. M. 255,69	Gilsed 132,20	Erner 31,75
Barmbed 1040,15	Leipzig 399,11	Erbenheim 26,30
Magdeburg, vom letzten Tisch, Streifonds 2, —	Bremen 521,60	Düsseldorf 55,47
Lübeck 2,85	Schorungen 12,83	Lodenhuden 10,40
Jitzan 0,65	Berlin 497,15	Wiesfeld 15,10
Rennbalbenleben 90,25	Wachade 26,95	Heterfen 52,92
Althaldensleben 22,50	Sagen 8,31	Deffau 55,15
Hildesheim 30,27	Diebe 67,80	Altenplan 5,80
Alt-Warthau 18,15	Göppingen 72,53	Witten 125,05
Weselsbun 25,30	Gr.-Salze 341,87	Lägerdorf 2,45
Lägerdorf 178,25	Neufahm 2,90	Karl i. D. 23,32
Wajanan 43,40	Griesberg i. S. 25,20	Wanzburg 43,68
Rügen 41,45	Götha 10, —	Schlus Dienstag, den 12. November, Mittags 12 Uhr.

Verloren und für ungültig erklärte Bücher 29967. Heinrich Bruse. Ausgestellt am 15. Juli 1901.

**Neue Adressen und Adressen-Änderungen.**  
 Berlin N. Konrad Bruns, Antonstraße 24.  
 Brehmen (Sachsen II). August Hannack, Quath 37a.  
 Griesheim. Martin Gerber, Bachhausstraße 2a.  
 Pamela. Wilh. Wogni, Kleine Straße 15, 1. St.  
 Gaffelsfelde. Fritz Gue, Grabenstraße 22.  
 Pedderbunheim. Josef Weingartner, Frankfurterstraße 20.  
 Peilbronn. Joh. Widel, Nordbergerstraße 52.  
 Pilsbunheim. Josef Gersch, Säckernstraße 6.  
 Rehheim. Andr. Gruber, Venedigergasse 24.  
 Kiel. Hermann Gührs, Schevenbrücke 3.  
 Rötzen. Louis Heide, Magdeburgerstraße 5.  
 Letzin. Max Adler, Auenstraße 4.  
 Merseburg. W. Rath, Dom 4, 1. St., Eingang Grüne-straße.  
 Heterfen. S. Vogt, Gr. Sand 7.  
 Walthershausen i. Th. Emil Pieska, Sandackerstraße 61 a.

**Briefkasten.**  
 Kollege M., Bernburg. Freiheitskämpfer befreien nicht von der Beitragsleistung. Grub. D. R.

**Sterbetafel.**  
 0684 P. Suß, geboren am 23. Februar 1854. Eingetretten am 3. Mai 1896, gestorben am 5. Novemb. 1901 zu Wandsbel.  
 62460. Wilh. Arland, geboren am 14. Juli 1845. Eingetretten am 1. Juni 1898, gestorben am 17. Oktober in Galbe a. d. Saale.  
 9082. J. Hagefstein, geboren am 17. Mai 1868. Eingetretten am 13. Juli 1894, gestorben am 30. Oktober in Wandsbel.

**Zahlstelle Barmbed.**  
 Am 30. November findet in beiden Sälen des Barmbeder Rathsa unter diesjähriges **Stiftungsfest** unter gest. Mitwirkung der Bundesleitung Quartett „Vorwärts“ und des Arbeiter-Turn-Vereins von Barmbed statt. [1,35 Mark.]

**Zahlstelle Bergedorf.**  
 Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 23. d. M., Abends 8 Uhr, im Lokale „St. Petersburg“. Tagesordnung: 1. Vortrag über die Ursachen und Wirkungen der wirtschaftlichen Krise. 2. Bericht vom Kartell und Neuwahl der Delegierten. 3. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen [1,35 Mark.] Die Bevollmächtigten.

**Zahlstelle Glückstadt.**  
 Die Mitglieder-Versammlungen unseres Verbandes finden jeden letzten Sonnabend im Monat, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Chr. Mintz, am Markt, statt. Dasselbe wird auch Lokal- und Reisekosten ausbezahlt. [90 Pf.] Die Ortsverwaltung.

**Zahlstelle Groß-Rühnan.**  
 Am 10. November verstarb nach langem, schweren Leiden unser Kollege **Otto Tuchel**, geboren am 7. Juni 1882, eingetretten am 21. Januar 1901. Wir bewahren ihm ein ehrendes Andenken. [75 Pf.]

**Zahlstelle Rehin.**  
 Die hiesige Zahlstelle feiert am Sonnabend, den 16. d. Mts., im Saale des Herrn Klemm ihr **erstes Stiftungsfest**. Jeder organisierte Arbeiter ist willkommen. [1,20 Mark.] Das Komitee.

**Einzelmitglieder Leipzig.**  
 Unserm treuen Verbandskollegen Matthias Hauffe und seiner jungen Frau Minna Hauffe, geb. Hoffmann, nachträglich **die besten Glückwünsche** zu der am 6. November gefeierten Hochzeit. [1,20 Mark.] Die organisierten Kollegen.

**Zahlstelle Neuhaldenleben.**  
 Am Sonntag, den 17. November, findet im Lokale des Herrn W. Herzog eine Mitglieder-Versammlung statt. Tagesordnung: Berichterstattung von der Gaukonferenz in Magdeburg. Wahl von Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ladet zu zahlreichem Besuch ein Die Ortsverwaltung. J. A. B. Schmölger. [1,65 Mark.]

**Zahlstelle Weissenau.** [1,35 Mark.]  
 Sonntag, den 17. November, Nachmittags 3 1/2 Uhr: **Unsererordentliche Generalversammlung**. Anschließend hieran: Vortrag des Kollegen Aug. Sommer über das Thema: Der Werth des Arbeiters in der menschlichen Gesellschaft. Um zahlreiches Erscheinen bitten Der Vorstand.

**Zahlstelle Werder.**  
 Am 16. Oktober verstarb unser Kollege Ber. Neumann, eingetretten am 15. November zu Werder a. d. Saale. Ehre seinem Andenken. [75 Pf.]

**Zahlstelle Züllchow.**  
 Unsere regelmäßigen Mitglieder-Versammlungen finden während der Wintermonate den ersten Sonntag nach dem 15. jeden Monats im Bredower Schützenhaus statt. Die nächste Versammlung tagt dort am Sonntag, den 17. November, Nachmittags 3 Uhr. Da dies die letzte Versammlung vor der Vorstandswahl zur Krankenkasse vom „Walfan“ ist, und hierzu Stellung genommen werden muß, werden die Kollegen ersucht, alle ohne Ausnahme zu erscheinen. [1,65 Mark.] Die Bevollmächtigten.

## Soziale Rundschau.

Die Arbeitszeit auf acht Stunden gekürzt ist seit dem 28. Oktober auf der Zementfabrik in Gemmoor. Außerdem ist einer großen Anzahl von Arbeitern gekündigt, speziell die im Frühjahr durch Agenten nach dort gelockten Arbeiter sind davon betroffen. Des Weiteren ist es als eine feste Gewissheit zu betrachten, daß den verbleibenden Arbeitern auch noch der Stundenlohn gekürzt werden wird. Danach kann man ermessen, welche Gefühle jezt die meisten der dortigen Arbeiter beherrschen. Die Noth und das Elend werden sich noch mehr als bisher einstellen. Allerdings ist ja eine „große Fürsorge“ seitens einzelner Personen getroffen. Man hat eine Kirche gebaut und auch einen christlichen Arbeiterverein ins Leben gerufen, womit man das Leben des Arbeiters erleichtern, d. h. ihn ablenken will von dem Bestreben, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

In dem zu Hainstadt belegenen Thonwerke der Firma H. Holzmann u. Co. wurden in Folge der zunehmenden Geschäftstodung im Bauhandwerke 25 Prozent des etwa 450 Köpfe zählenden Arbeiterbestandes entlassen.

Arbeitslosigkeit, Lohnreduzierungen, unter diesem Zeichen stehen gegenwärtig die deutschen Arbeiter. Nachdem der Millionensegen verfliegt ist, beginnen die Unternehmer damit, ihren Profit durch Vornahme von Lohnherabsetzungen auf der alten Höhe, oder annähernd auf der alten Höhe zu halten. So handelt man auch in Steintin. Die Leitung der Oberwerke hat durch Anschlag eine allgemeine Lohnkürzung, in Kraft tretend am 30. Oktober, verkündet. Die Lohnsenkung beträgt für Arbeiter, die einen Stundenlohn bis 20 Pf. haben, 1 Pf. die Stunde, bei den Löhnen bis zu 30 Pf. 2 Pf. die Stunde und über 30 Pf. 3 Pf. pro Stunde. Hätten die Arbeiter sich während der Zeit des guten Geschäftsganges organisiert, man würde ihnen eine Reduzierung ihrer niedrigen Löhne nicht bieten.

Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie. Bis zu welchem Grade die Krise in den Eisen verarbeitenden Industriezweigen den Arbeitsmarkt zerrüttet hat, zeigen die Ergebnisse einer Rundfrage, die die Redaktion der Berliner Halbmonatschrift „Der Arbeitsmarkt“ Mitte Oktober bei Arbeitgeber und Arbeitern veranstaltet hat. Die eingelaufenen Antworten beziehen sich auf die Beschäftigungsverhältnisse von ca. 132 000 Metallarbeitern, also mehr als den 10. Theil aller im Metall- und Maschinengewerbe beschäftigten Personen. Fast an allen Orten, namentlich aber in den Hauptzentren der Metall- und Maschinenindustrie, so in Chemnitz, Magdeburg, im Solinger Bezirk u. s. w. ist eine erheblich verkürzte Arbeitszeit eingeführt, die sich auf mehr als ein Drittel der Gesamtzahl erstreckt. Die Wirkungen der Krise beschränken sich aber nicht auf die bloße Verkürzung der Arbeitszeit, sie führen zu erheblichen Entlassungen und steigern die Zahl der Arbeitslosen. Von 83 000 Arbeitern, für die die Angaben vorliegen, sind 11 150 ohne Beschäftigung, d. h. 13,9 Prozent — ein Prozent, das allerdings nicht ohne Weiteres auf die Million Metallarbeiter, die es in Deutschland im Ganzen giebt, verallgemeinert werden darf. Dazu kommt endlich die Reduktion der Lohnsätze. Fast in allen größeren Betrieben werden Lohn- und Akkordabzüge gemacht. Am schärfsten gehen die Akkordsätze zurück. Lohnherabsetzungen haben bisher in Orten mit zusammen 80 000 Arbeitern stattgefunden.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Englische Wollwaren-Manufaktur in Grünberg i. Schl. schließt mit einer Unterbilanz von 335 205 Mk. ab. Das Unternehmen soll durch Erhöhung der Betriebsmittel und Herabsetzung der Buchwerthe sanirt werden. — Die Sächsische Webstuhlfabrik in Chemnitz vertheilt keine Dividende, da der Reingewinn von 17 570 Mk. für neue Rechnung vorgetragen werden soll. — Die Maschinenfabrik Kappel schließt mit einem Reingewinn von 240 760 Mk. ab., Dividende 13 Prozent. — Die Harpener Bergbau-Gesellschaft in Dortmund giebt ihren Reingewinn auf 6 811 927 Mk. (5 792 550 Mk.) an. Dividende 12 Prozent. (11 Prozent.) — Der Köln-Müßener Bergwerks-Aktien-Verein verzeichnet einen Reingewinn von 295 090 Mk. (147 194 Mk.) Dividende 6 Prozent. (4 Prozent.) — Die Staßfurter chemische Fabrik hatte einen Reingewinn von 395 643 Mk. (479 232 Mk.) Dividende 10 Prozent. (20 Prozent.) — Die Frankfurter Schuhfabrik Otto Herz u. Co. erlangte einen Reingewinn von 292 063 Mk. (349 000 Mk.) Dividende 10 Prozent. — Benz u. Co., Gasmotorenfabrik in Mannheim, erzielte einen Reingewinn von 332 372 Mk. (644 552 Mk.) Dividende 8 Prozent. (10 Prozent.) Das Deutsche Kabelwerk Berlin-Rummelsburg schließt mit einem Reingewinn von 93 644 Mk. ab (242 636 Mk.) Dividende 4 Prozent. (8 Prozent.) Der Nachener Gürtel-Aktienverein „Roths Erde“ erzielte einen Reingewinn von 2 480 000 Mk. (3 620 000 Mk.) Dividende 25 Prozent. (40 Prozent.)

Die Berliner Jutespinnerei und Weberei in Stralau schließt mit einem Verlust von 355 717 Mk.

ab. Im vorigen Jahre betrug der Verlust 38 241 Mk. Nach dem Aufgehen der Reserven bleiben 338 699 Mk. Defizit bei einem Aktienkapital von 3 Millionen Mk. Die Mechanische Weberei Baugen, deren Antheile der Gesellschaft gehören, verzeichnet einen Verlust von 95 613 Mk. Die Verwaltung setzt ihre Hoffnung auf den Verband der Jutespinnereien, um aus der Klemme zu kommen. — Die Rheinischen Anthracit-Kohlenwerke Kupferdreh erlangten einen Reingewinn von 393 576 Mk. (384 084 Mk.). Dividende 10 Prozent. — Der Schweizer Bergwerksverein beziffert den Reingewinn auf 3 553 943 Mk. (3 459 876 Mk.). Dividende 20 Prozent. — Die Aktien-Gesellschaft für Kartonnagen-Industrie in Dresden berichtet über einen Fehlbetrag von 250 168 Mk., der dem Reservefonds entnommen wird.

Die Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenbahn-Material zu Görlitz hatte im Geschäftsjahre 1900/01 einen Reingewinn von 679 255 Mk. gegen 707 335 Mk. im Vorjahre. Dividende 16 Prozent. — Die Barmer Glanzgarnfabrik vormals Zinn u. Gadenberg berichtet über einen Reingewinn von 54 546 Mk. (im Vorjahre 105 810 Mk.). Dividende 5 Prozent. — Die Mübden-Hildesheimer Gummiwaren-Fabrik erzielte einen Reingewinn von 11 914 Mk. (im Vorjahre 9651 Mk.). Dividende 11 Prozent. — Die Sächsischer Aktien-Papierfabrik verzeichnet einen Bruttogewinn von 507 951 Mk. (im Vorjahre 324 718 Mk.). Dividende 18 Prozent. — Die Akkumulatorenfabrik Aktiengesellschaft Berlin giebt ihren Rohgewinn auf 2 902 559 Mk. an (im Vorjahre 2 883 029 Mk.). Dividende 10 Proz. — Das Gußstahlwerk Witten kann einen Rohgewinn von 1 083 880 Mk. (im Vorjahr 1 564 162 Mk.) in Ansatz bringen. Dividende 12 Prozent. (im Vorjahr 20 Proz.) — Helios Elektrizitätsgesellschaft in Köln schließt mit einem Fehlbetrag von 4 900 000 Mk. ab; die in enger Beziehung mit dem Unternehmen stehende Aktiengesellschaft für Elektrizitätsanlagen verzeichnet einen Fehlbetrag von 5 300 000 Mk. — Das Eisen- und Stahlwerk Hoersch in Dortmund hatte einen Reingewinn von 1 649 771 Mk. (im Vorjahre 2 637 863 Mk.). Dividende 10 Prozent (im Vorjahre 16 Proz.). — Die Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldsdahl gaben ihren Reingewinn auf 373 611 Mk. an (im Vorjahre 545 308 Mk.). Dividende 5 Proz. — Das Sächsische Gußstahlwerk in Döhlen berichtet über einen Reingewinn von 302 510 Mk. Dividende 6 2/3 Proz. — Die Chemnitzer Papierfabrik erzielte 149 713 Mk. Gewinn. Dividende 6 Proz. — Der Bochumer Gußstahlverein verzeichnet einen Reingewinn von 4 308 113 Mk. (im Vorjahre 4 586 682 Mk.). Dividende 13 1/2 Prozent.

Die Baurahütte, die im verfloffenen Geschäftsjahre 14 Prozent Dividende vertheilt, giebt im 1. Quartal des neuen Geschäftsjahres einen bedeutenden Rückgang ihres Gewinnes bekannt. Während im 1. Quartal v. J. 2 660 175 Mk. Gewinn zu verzeichnen waren, sank er in diesem Jahre auf 1 548 584 Mk. Ueber die Beschäftigung der Werke äußerte sich Direktor Jungmann auf der Generalversammlung dahin, daß über die vorliegenden Anträge keine bestimmte Zahlen zu nennen seien, es dürften ca. 40 000 Tonnen Aufträge gegen frühere 50—60 000 Tonnen vorliegen. Doch sei als erfreuliche Thatsache zu konstatieren, daß die Spezifikationen für die Aufträge in gleichmäßiger Weise vorwärts gehen und die Werke schon seit Monaten erträglich beschäftigt sind. Was die Kohlen anlangt, so sei die Förderung aufrecht erhalten worden. Es sei im ersten Quartal genau ebenso viel Quantum geliefert worden, wie in demselben Quartal des Vorjahres.

Die Vogtländische Maschinenfabrik in Plauen muß in diesem Jahre die Dividende streichen, im Vorjahre wurden 8 Prozent vertheilt. — Die Gladbacher Baumwollenmanufaktur schließt mit einem Betriebsverlust von 32 223 Mk. ab. — Die Maschinenfabrik Luther in Braunschweig verzeichnet einen Verlust von 154 200 Mk. Im Vorjahre vertheilte man 10 Prozent Dividende. — Die Terraingesellschaft Berlin-Südwest giebt einen Reingewinn von 140 000 Mark an. — Die Panzer-Aktiengesellschaft für Geldschrank- und Treppenaufbau in Berlin hatte einen Reingewinn von 56 494 Mk., im Vorjahre 193 586 Mk. Dividende 3 Prozent, im Vorjahre 12 Prozent.

## Polizeiliches, Gerichtliches.

Ein Urtheil von prinzipieller Bedeutung fällt am Sonnabend, den 19. Oktober, die Strafkammer in Dessau. Vom Schöffengericht in Jeknis war der Kollege Kuhnert von der Anklage, durch das Nichtanmelden der in Magdahn vorhandenen Einzelmitglieder unseres Verbandes das anhaltische Vereinsgesetz übertreten zu haben, freigesprochen worden. Gegen dieses Urtheil hatte der Vertreter der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt und die Dessauer Strafkammer verurtheilte K. zu 15 Mark Geldstrafe. Das Gericht nahm an, daß die 58 Einzelmitglieder des Verbandes in Magdahn nur deshalb keine Filiale errichteten, um die Bestimmungen des Vereinsgesetzes (Anmeldung der Mitglieder usw.) umgehen zu können. Das Statut des Verbandes besage, daß bereits bei 10 Mitgliedern eine Filiale errichtet werden könne. Thatsächlich hätte auch der Angeklagte alle Funktionen als Bevollmächtigter erfüllt.

Seitens des Verteidigers, Herrn Rechtsanwalts Dr. Eohn, ward entschieden bestritten, daß die Einzelmitglieder einen Verein gebildet hätten. Bei der Aufnahme der ersten Mitglieder sei diesen von einer Dessauer Verbandsmitgliede angetrahen worden, vorläufig keine Zahlstelle zu gründen, da es

in Magdahn an geeigneten Personen fehle, welche die Leitung einer Zahlstelle in die Hand nehmen könnten. Nur deshalb sei die Gründung einer Zahlstelle unterblieben. Angellagter habe lediglich zur Vermittelung zwischen den Einzelmitgliedern und dem Zentralvorstande gebietet. Als Leiter eines Vereins könne er nicht bezeichnet werden, da eben gar kein Verein bestünde. Trotzdem gelangte das Gericht zur Verurtheilung. Es ist gegen das Urtheil Revision angemeldet.

## Agitation im Gau Braunschweig.

Im Auftrage des Gauvorstandes unternahm Eadsunterzeichnete eine Agitationstour durch den Gau Braunschweig während der Zeit vom 10. bis 23. Oktober. Die erste Versammlung fand in der noch ziemlich jungen Zahlstelle Prohem statt. Dieselbe war gut besucht und brachte auch einige Neuaufnahmen. Von dort brachte uns das Dampfboot nach unseren Zahlstellen am und im Garz. Zunächst nach dem prächtig gelegenen, hochindustriellen Kibeland, das seiner beiden Tropfsteinhöhlen halber das bestbezielte Ziel mancher Garezehenden ist. Zu beiden Seiten der Bode ziehen sich die Häuserreihen und industriellen Stablflements hin, sich gleichsam schüßelnd an die mit herrlichem Baub- und Nadelwald bewachsenen Höhenzüge, sowie an die gewaltigen, grotesken Kalkberge anschmiegend. Und welche Agilität der Industrie! „Des Wassers und des Feuers Macht verbündet sieht man hier.“ Soweit das Wasser der Bode hinreicht, muß es die Sägemühlen treiben, die Steingerleinerungs-Maschinen, die den in Massen vorhandenen Diabas, so weit der Baumeister ihn verworfen, zwar nicht zum Gestein, wohl aber zu Schottersteinen für den Hausbau und zu Aufschüttungen für die Gartenwege zerquetschen. Der Holzreichtum des Waldes wird, so weit er nicht zu Bauholz, Telegraphenstangen u. s. w. verarbeitet wird, nach einem eigenen Verfahren zu Holzkohle gemacht, wobei der Holzgeist gewonnen wird. Mit der Holzkohle wiederum wird der Hochofen Kibelands geheizt, in welchem dem im Garz gewonnenen Erz das Eisen entzogen wird. Etwas weiter hinauf ragen die Schöte der Vereinigten Kalkwerke, Umtheilung Kibeland, die im wahren Sinne des Wortes die Berge aufsteigen, himmelan. In all diesen Werken sind nicht nur unsere Kibeländer Kollegen beschäftigt, sondern von Hasserode, Süttenrode, Cattenrode u. s. w., kurz aus der ganzen Umgegend kommen die Arbeitsbienen herbeigeströmt, um hier in Arbeit zu treten. Vor hen weit entfernt liegenden Orten können dieselben des Abends nicht heimgehen, sondern müssen in den eigens dazu hergerichteten Kasernen nächster Rationierschlägen nächtigen. Wer sich ein Bett mitbringen kann, sich ein wenig erträglich gestalten, die Anderen schlafen auf den blanken Brettern. Ein jammervolles Leben! Die Familie sehen sie höchstens am Sonntag, und dann auch noch nicht einmal, da es das Feld zu bestellen, Holz zu zerleimen und tausendlei Dinge, für die anders als am Sonntag keine Zeit bleibt, zu thun giebt. Und der Lohn? 2,50, 3, höchstens 3,50 Mark pro Tag bei 11- bis 12 stündiger Arbeitszeit und der so überaus ungesund und anstrengenden Art der Arbeit. Dabei haben die Kibeländer Werke im letzten Jahre nach Abzug der ordentlichen Abschreibungen von 4 542 1 Mark einen Gewinn-Saldo von 182 953 Mark zu verzeichnen gehabt. Wahrlich, da wird es Zeit, daß unter den Arbeitern etwas mehr der Gemeinfauteit gebante Einzug hält, damit diese so überaus traurigen Verhältnisse einer Besserung entgegen getrieben werden. Die Versammlung hat dazu das Ihrige beigetragen, sie war prächtig besucht und brachte einen Mitgliedszuwachs von 21 Personen. Von hier ging's nach Lankenburg, das sich in seiner malerisch-schmuckvollen Lage besonders vortheilhaft präsentiert, wenn man es von der Bahnabahn Kibeland-Lankenburg aus erblickt. Im Thale fließt das Städtchen, als Hintergrund der Schloßberg und die Zeuseismauer mit dem Gropwaterfelsen. Rechts daran anschließend der Ziegenkopf und Eichenberg, links die gigantischen Gelsmassen des Regensteins. Die Wälder sind im prächtigsten Herbstschmuck und heuer ist die Laubverfärbung besonders schön. Vom zartesten Gelb bis zum Purpuroth und dunkelsten Braun sind alle nur denkbaren Nuancen vertreten, dazwischen das satte Grün der Fichte und Kiefer, Alles überstrahlt vom Glanz der Mittagssonne; das Gesamtbild bietet einen geradezu majestätischen Anblick. Leider können unsere Kollegen, obgleich sie mitten drin leben, denselben nur selten genießen, ihre ganze Zeit ist absorbiert von ihrer Thätigkeit um tägliche Brot. Die Versammlung war gut besucht, nur hätten wir gern mehr Frauen gesehen, umso mehr, da im Braunschweigischen die Gelegenheit, in die Versammlung zu gehen, für die Frauen doch recht selten ist. Von Thale hatten wir uns die beste Versammlung versprochen, da unsere Kollegen hier frei agitieren können, weil preussisches Gebiet. An der Agitation zum Besuche der Versammlung hat man es aber fehlen lassen. Es mochten höchstens 100—120 Personen erschienen sein, wo die Tausende von Arbeitern in dem Sütten- und Emaillewerke stehen, die so überaus niedrig entlohnt werden, also einen Rückhalt in der Organisation so sehr benötigten. Etwa 1 1/2 Duzend wurden ausgenommen. Von Thale ging es über Bienenrode-Wendefurth nach Hasserode, wo die Kollegen ihr erstes Stiftungsfest feierten. Nicht nur der prächtige Besuch und Verlauf des Festes bürgten uns für den soliden Geist unter den dortigen Kollegen, sondern weit mehr ihre gemeinsame, tägliche Agitationsarbeit an der Arbeitsstelle, durch welche sie es in einem Jahre von 14 auf 140 Mitglieder gebracht haben. Eine glänzend besuchte Versammlung war in Braunlage. Leider durfte hier der Vortrag nicht gehalten werden. Der Gensdarm und Ortsvorsteher, die das Verbot ausgesprochen, bezogen sich auf eine Anordnung der Kreisdirektion, die sie strikte zu befolgen hätten, zum Beweise zeigten sie uns die Depesche der Kreisdirektion. Dieselbe lautete: „Rein, dürfen nicht theilnehmen, darf nicht reden.“ Das war eine Antwort, also mußte eine Frage vorausgegangen sein. Wir sagten das den Herren auf den Kopf zu, daß sie ja angefragt, also sich erst Instruktion geholt. Unter dem Gelächter der Anwesenden gaben sie das auch zu. Trotzdem wurden, da wir im Privatgespräch beizammenblieben, 21 Personen für uns und einige Mitglieder der Steinwegorganisation zugeführt. In einer demnächst stattfindenden Versammlung mit unserem Gauvorstandes als Referenten wird die Konstituierung einer Zahlstelle vollzogen werden. In Braunschweig, wo unsere Kollegen besonders im letzten Jahre wieder fleißig gearbeitet und agitiert haben und geradezu glänzendem Erfolge, war die nächste Versammlung. In Rücksicht auf das reaktionäre Braunschweigische Vereinsgesetz und besser erzeactionäre Auslegung und Anwendung just in der Stadt Braunschweig ist die Agitation für eine Versammlung mit Frauen mit unendlich viel Mühe und Schwierigkeit verknüpft.

Trotzdem war die Versammlung eine glänzende. Beide Säle des Gewerkschaftshauses waren überfüllt. Die Aufmerksamkeit beim Vortrage, trotzdem Kollegen und Kollegen in „drangvoll fürchterlicher Enge“ beieinanderstehen und standen, eine tadellose. Eine Anzahl Neuaufnahmen waren auch hier zu verzeichnen. Von Braunschweig entführte uns dann das Dampfboot wieder nach einer anderen Ecke des

Herzogtum, dem „Reinreichen“ Wesergebiete. Da sind unsere Kollegen, fast ausnahmslos weithergehaltene Gestalten, beschäftigt, dem Schosse des Hilsberges den Asphaltstein und die Zementsteine zu entnehmen, in den Fabriken, die in großer Zahl im Wesergebiete zerstreut liegen, erfahren sie die weitere Bearbeitung. Der nahe Wald liefert das Holz zu den Sägen, in denen Asphalt und Zement verschickt werden. Der Jth muß seinen Reichtum an Dolomiten und Sandsteinen hergeben. Im unteren Homburg wird der Gypsstein in Fülle gewonnen, der in der nahen Fabrik am Eingang zu Stadthofendorf zu Gypsspäthen und Gipsen verarbeitet wird. Steinbrüche und Fabriken, wogin man blüht. In Eschershausen am Jth war eine prächtige Versammlung. Aufser unseren zahlreich erschienenen Kollegen mit ihren Frauen viel bürgerliches Publikum, unter Anderen der Pastor und die Schret. Jedoch verbot der Hebermache auch hier das Reden, weil — Frauen anwesend. Unser Protestieren und der Hinweis, daß der § 152 der Reichsgemeindeordnung, der im Jahre 1869 geschaffen sei, doch unbedingt den § 14 des braunschweigischen Vereinsgesetzes vom Jahre 1853 aufhebe, wonach Frauen an öffentlichen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, nicht teilnehmen dürfen, half nichts; ohne erst abzuwarten, ob überhaupt öffentliche Angelegenheiten zur Erörterung kämen, drohte der Beamte mit Auflösung, falls einer Frau das Wort erteilt werde. Wir schloffen die Versammlung, blieben beim gemächlichen Plaudern beisammen, wobei sich dann 17 Kollegen zum Eintritt meldeten. Am Tage darauf, in Hohenberg, wo eine glänzende Versammlung sich zusammengefunden, konnte ungehindert, trotz Anwesenheit des Gensdarmen und Ortsvorstehers, der Vortrag gehalten werden. 25 Renaufnahmen erfolgten hier. In Hohenberg wiederum verbot die Polizei, dieselbe von Eschershausen, das Sprechen. Wir hatten das vorausgesehen, auch daß die Versammlung überfüllt werden würde, und deshalb nach Braunschweig telegraphierte um einen männlichen Referenten, jedoch war in den paar Stunden Keiner aufzutreiben, und Kollege Ohlendorf leider im letzten Augenblick verhindert. Kollege Mohr half dann aus der Noth, nach einer kurzen, kernigen Ansprache seinerseits ließen sich 18 Personen aufnehmen. In Hohenberg wurde der beabsichtigte Vortrag über: „Öffentliche Angelegenheiten“ ebenfalls nicht gehalten werden, jedoch durften wir über andere Sachen reden. So haben wir uns über die Verschiedenartigkeit der Industrie des „Reinreichen“ Wesergebietes unterhalten, über die Weihnachtsfeier der „waterlandlosen, christen Gesellen“ und dabei betont, wie schön es sei, wenn der Gemeinheitsgedanke geweckt, gepflegt und befestigt werde. Eine Anzahl Kollegen traten auch hier bei, wonach wir dann bei Gesang und Deklamationen bis 11 Uhr beisammen blieben. Es hat sich bei dieser Tour gezeigt, wie unbedingt notwendig es ist, daß einmal, wenn es nicht hilft mit dem Schwermut, auf dem Wege des Verwaltungstreitverfahrens den Frauen das Recht der Teilnahme an „Gewerkschafts“-Versammlungen, das ihnen durch die Reichsgemeindeordnung garantiert ist, auch wirklich erkämpft wird. Die nächste Versammlung in Helmstedt war prächtig besucht. Unsere Kollegen, besonders der erste Bevollmächtigte, hatten sehr gut agitiert, auch bei den Arbeiterinnen der Spinnerei, von denen eine Reihe erschienen war und auch beitrug. Insgesamt etwa 20 Personen. Auch in Schöningen war eine gut besuchte Versammlung, hier waren es jedoch organisierte Arbeiter. Wenn unsere Köstlichen Kollegen, die jetzt in Schöningen arbeiten, unsere Kollegen hierin in Zukunft thätig unterstützen, was sie versprochen, wird nicht nur Allen die Arbeit erleichtert, sondern auch der Fortschritt ein besserer werden. Prächtig war die Versammlung in Wolfenbüttel. Eine heilige Agitation seitens unserer dortigen Kollegen hat den Mitgliederbestand bedeutend gehoben. Nach dieser Versammlung brachte etwa 30 Renaufnahmen. Wieder ein Schritt vorwärts. Sit uns durch das Vorgehen der Behörde auch hin und wieder ein Strich durch die Rechnung gemacht, können wir trotzdem sowohl mit dem greifbaren, als auch mit dem moralischen Erfolge zufrieden sein. Sind doch ca. 200 Kolleginnen und Kollegen neu gewonnen für unsere Organisation, den älteren Kollegen ist der Muth aufs Neue gestärkt und sie sind angereizt zu erneuerter unausgesetzter Agitationsarbeit. In an einigen Orten hat das schärfste Vorgehen der Behörde nur das Gegenteil bewirkt von dem, was beabsichtigt war. Der Widerspruch der Leute wurde geweckt und die Empörung über die erhabene Behandlung hat sich umgesetzt in stärkere Theilnahme an der Bewegung. Sicher aber ist der größte Theil des gehabten Erfolges zu setzen auf das Konto der überaus sorgfältigen Vorbereitung der Tour seitens unserer Kollegen im Gauverband, sowie an den einzelnen Orten. Würde überall so sorgfältig bis ins kleinste Detail Alles arrangiert wie hier, könnte sehr oft mit denselben Mitteln weit mehr erreicht werden. Es ist das hier um so mehr anzuerkennen, da nirgends die zu überwindenden Schwierigkeiten so groß sind als in Braunschweig. Andererseits wird aber auch hier in unseren Reihen der Eifer um so größer. Deshalb, Glück auf! zur neuen Arbeit, neuem Erfolg.

Louise Zieg.

### Gau 3.

Die diesjährige Konferenz tagte am 12. Oktober im Lokale des Herrn W. Kater zu Magdeburg. Sie wurde um 11 Uhr eröffnet. Vertreten waren 15 Verbandorte durch ebenso viele Delegirte. Den Bericht des Gauverbandes erstattete der Kollege Schönbach, Magdeburg. Daraus war zu entnehmen, daß der Vorstand des Gauverbandes seine Thätigkeit gethan hatte. Es tabelte derselbe die Anzahl einzelner Zahlstellen, die es nicht einmal der Mühe werth hielten, der Gaukasse gegenüber ihrer Verpflichtung nachzukommen. Es sind dies die Zahlstellen Halberstadt, Osterode, Wernigerode (ist eingegangen), Lützenhagen. Es hätte weit mehr getan werden können, wenn diese Zahlstellen ihren Verpflichtungen nachgekommen wären. Der Kassensbericht verzeichnete eine Einnahme von 1967,00 Mk. und eine Ausgabe von 1044,15 Mk., so daß ein Bestand von 2241 Mk. verbleibe. Die Kassieren erklärten, Kasse und Bücher in bester Ordnung gehalten zu haben. Hiermit wird der Gauverband der Delegationen entlehnt. Was dem Bericht der Delegirten anging, so haben dieselben die Intention des Gauverbandes gegenüber eine sehr große Theilnahme gezeigt, wieder andere hatten viele Braunschweiger Kollegen mit sich genommen und Unternehmern durchzumachen. Auch mit dem Gauverband eine einzelne Arbeitstheile zu rechnen, hauptsächlich die Zahlstellen Egelar hat viel darunter zu leiden. Dort haben sich die Arbeiter noch nicht einmal dem zu verziehen, wo der Verband seine Versammlungen abhält. Hiermit wird um 1 1/2 Uhr in eine Mittagspause eingetreten. Die Konferenz wurde dann nachmittags 3 Uhr wieder eröffnet. Es wurde zunächst zur Verhandlung von Annahmen geschritten. Zur Verhandlung des Annahmes Magdeburg erklärte der Kollege Schönbach das Wort. Er sprach in kurzen Zügen die Nothwendigkeit zur Gründung einer Sterbekassenvereinsklasse nach Vorher des braunschweigischen Arbeitervereinsverbandes den anwesenden Delegirten vor. Nachdem die Ausführungen des Kollegen Schönbach sehr verständlich waren, so schloß sich doch viele Delegirte dagegen. Was den Ausführungen der Delegirten war zunächst dem, daß sie nicht im Vorgriff nicht gegen eine Gründung einer Klasse empfinden können, daß sie es aber doch für besser halten, sich nach den Ausführungen des Hauptvereins Magdeburg zu richten, welcher zu richten, welcher in einem Verbandsreferat von den Delegirten in unserer Sterbekassenklasse gemacht habe, daß die Gründung einer Sterbe-

unterstützungskasse den einzelnen Gauen nicht zusteht, sondern daß es Sache des Verbandes sei, hierüber zu entscheiden; Drey bewieselte auch die Lebensfähigkeit eines solchen Unternehmens. Nach einer etwas erregten Debatte kam es zur Abstimmung. Diese ergab folgendes Resultat: Von 18 Delegirten waren 9 für den Antrag und 9 gegen, mit Stimmengleichheit wurde der Antrag abgelehnt. Es wurde aber vom Gauvorsitzenden der Vorschlag gemacht, die betreffenden Delegirten, welche für den Antrag gestimmt, sollten in ihren Zahlstellen dahin wirken, daß der Eintrittspreis von 20 Pf. für die Sterbekassenvereinsklasse von den Mitgliedern erhoben werde. In den anderen Zahlstellen, wo die Delegirten sich ablehnend verhalten haben, sollen in den Mitgliederversammlungen Referate über die Einführung der Sterbekassenvereinsklasse gehalten werden, um auch diese dafür zu gewinnen, damit eventuell die Kasse mit dem 1. Januar 1902 gegründet werden könne. Der Vorsitzende Kollege Matthes, sowie Kollege Wöde-Gr.-Ottersleben sprachen ihr Bedauern aus, daß der Verbandsvorsitzende Kollege A. Drey-Hannover heute nicht erschienen ist, an denselben einmal über sein Verhalten zur Rede stellen zu können. Ueber die Handlungsweise des Kollegen A. Drey spricht Kollege Wöde-Gr.-Ottersleben sich sehr mißbilligend aus und betont ausdrücklich, daß immer, wenn die Magdeburger etwas einzuführen gedenken oder eingeführt haben, dann der Kollege Drey es jedesmal ist, welcher ihnen einen Knüttel zwischen die Beine wirft. Weitere Anträge von den Zahlstellen Halberstadt, Langernünde, Osterode, Genthin haben keine Annahme gefunden, ein Antrag des Delegirten Danneberg-Schnebeck, welcher besagt, der Gauverband wird ermächtigt, zur Gewinnung von Mitgliedern alljährlich eine Agitationschrift herauszugeben, wird angenommen; ferner wird ein Antrag angenommen, wonach eine Agitationskommission zu wählen ist, und zwar aus jeder Zahlstelle ein Mitglied, welches gleichzeitig mit den Gauvorsitzenden in Fühlung treten kann und muß zwecks Agitation. Es wird darauf hingewiesen, daß diese Kommissionsmitglieder von jeder Zahlstelle allein zu wählen sind, von dem Resultat der Wahl ist der Gauverband in Kenntniß zu setzen. Ein Antrag Blume-Wischerleben, der Gauverband wird ermächtigt, zu dem nächsten Verbandstag einen Antrag einzubringen zur Gründung einer Krankenunterstützungskasse für den ganzen Verband, fand Annahme. Ein Antrag Schönbach, die Entschädigung des Gauverbandes von 160 Mk. auf 200 Mk. jährlich festzusetzen, wurde abgelehnt. Der Sitz des Gauverbandes bleibt Magdeburg. Die nächstjährige Konferenz wird in Osterode abgehalten werden. Nachdem wurden in der Versammlung einige Fragen erledigt und wurde noch zum nächsten Gemeinheitskongreß der Kollege Matthes als Delegirter in Vorschlag gebracht. Zu gleicher Zeit wird derselbe ermächtigt, den früheren Antrag Harburg auf dem Gemeinheitskongreß zu erneuern. Somit war die Tagesordnung erledigt, mit einem brausenden Hoch auf unsern Verband wurde um 7 Uhr Abends die Konferenz geschlossen.

### Die Konferenz des Agitationsbezirks VI (Sachsen I)

tagte am 27. Oktober zu Leipzig. Es waren 13 Delegirte anwesend. Nicht vertreten waren die Verbandorte: Leutzsch, Eilenburg und Bürgen. Den Kassensbericht gab Kollege Schlippe. Die Einnahmen betrugen 281,35 Mk., die Ausgaben 259,30 Mk., so daß ein Bestand von 22,05 Mk. verbleibt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und wurde dem Kassier Entlastung erteilt. Als Kassieren wurden die Kollegen Hoppe, Weichert und Albrecht gewählt. Zu dem Punkt 3, Situationsbericht der Delegirten, erhielt Kollege Wahre, Markranstädt, das Wort. Er führt aus, daß es den Kollegen in Markranstädt durch ihr frühzeitiges und energisches Eintreten für die Organisation gelungen sei, regelnd auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse einzuwirken, derart, daß in einer Anzahl Fabriken Lohnstarife eingeführt seien und Kollegen mit der Aufgabe betraut sind, über die Einhaltung der Lohnstarife zu wachen. Im Laufe des Herbstes geplante Lohnreduzierungen sind durch das Eingreifen der Organisation verhindert worden, so daß den Kollegen allerorts nur der Rath gegeben werden könne, für die Organisation thätig zu sein, denn diese biete die einzige Waffe für den Arbeiter, mit der er sich gegen die Folgen der Ausnützung zur Wehr setzen kann.

Ueber Punkt 4, Organisation und Agitation, referirt Kollege Lohr. Er schlägt vor, in diesem Winter eine gründliche Hausagitation allerorts vorzunehmen; damit, daß diese so schnell als möglich vorgenommen wird, sind alle Kollegen einzuverleihen. Es wird darauf hingewiesen, daß einige Fabrikanten in Gemeinlichkeit mit Streichholzbesitzern einen Aufruf, gerichtet an Arbeiter und Arbeitgeber, veröffentlicht haben, in welchem der Wirt bekannt gegeben wird, zum „Wohle“ der Arbeiter einen Verein zu gründen. Alle Redner kennzeichneten dies Gebahren zutreffend als auf Verhinderung und Verdummung der Arbeiter berechnet, erkliden aber in diesem Vorgehen einen Ansporn zur regen Agitation für unseren Verband. Folgender Antrag wurde dann angenommen: Die Konferenz beauftragt die Agitationskommission, in Orten, wo es angängig ist, Hausagitation zu veranstalten; ebenfalls wird die Kommission beauftragt, im Frühjahr unter den Steinbrucharbeitern eine rege Agitation zu entfalten. Der Antrag wird einstimmig unterstützt.

Kollege Lohr bittet die Konferenz, die Verlegung des Sitzes der Agitationskommission zu beschließen, damit die Kollegen, welche heute die Arbeiten der Kommission zu vollbringen haben, sich mehr der Spezialagitation zuwenden könnten. Er schlägt vor, den Sitz nach Markranstädt zu verlegen. Dagegen wird beschlossen, den Sitz in Leipzig zu belassen, und Kollege Lohr wird als Vorsitzender wiedergewählt.

Punkt 5. Die nächste Konferenz findet in Markranstädt statt. Dieses wurde einstimmig beschlossen. Kollege Lohr gab bekannt, daß wir seit der letzten Konferenz gute Fortschritte gemacht haben und fordert die anwesenden Kollegen auf, ferner für das Wohl und Gedeihen des Verbandes thätig zu arbeiten, um endlich einmal an die Spitze zu gelangen, unseren Feinden Trost bieten zu können. Mit einem dreimaligen Hoch auf das Gedeihen des Verbandes erfolgte nach fünfständiger Sitzung der Schluß der Versammlung.

### Der Gau 13

hielt am Sonntag, den 13. Oktober, im Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“ (Frankfurterstraße) in Heilbronn seine Konferenz ab. Anwesend waren außer dem Gauverband, dem Gaukassierer und einigen ohne Mandat verehrten Mitgliedern 16 Delegirte. Gensio war das Gewerkschaftsstell Heilbronn durch ein Mitglied vertreten. Um 10 1/2 Uhr wurde die Konferenz durch den Vorsitzenden des Gauverbandes Kollegen Wörner aus Gensio eröffnet. Nach der Wahl des Bureau gab Kollege Wörner den Gauverbandssitzungsbericht. Aus demselben ist zu entnehmen, daß die Zahl der Zahlstellen im Gau sich im Laufe des Jahres von 7 auf 15 vermehrt hat; die Mitgliederzahl ist gestiegen von 560 auf 650. Öffentliche Versammlungen wurden vom Gau aus 23 abgehalten. Bei dem Gauverband gingen an Briefen, Karten, Drucksachen, Paketen und dergleichen ein 197, aus dagegen 296. Kommissionen haben in Söppingen und Eßlingen stattgefunden. Schwabengangen haben keine thätigenden Gauverbandssitzungen waren 5. Am 12. Zahlstellen wurden Sammelstellen ausgeben und listeten ab: Gensio 83,75

Markt, Heilbronn 52,55 Mk., Eßlingen 50 Mk., Unterrüchheim 33,75 Mk., Böckingen 33,10 Mk., Feuerbach 22,75 Mk., Söppingen 19,70 Mk., Stützgart 14,20 Mk., Tafeln 9,40 Mk. und Wüdnang 2,40 Mk. In Fall zurückfanden die Sammelstellen gar nicht. Die Gaukasse hatte eine Einnahme von 389,51 Mk. und eine Ausgabe von 362,40 Mk., so daß ein Kassensbestand von 27,11 Mk. verbleibt. Nach einer längeren Debatte, betrieß des Gauverbandes Bericht wurden von den Delegirten die Berichte der einzelnen Zahlstellen gegeben. Aus diesen ist zu entnehmen, daß die Organisation im Allgemeinen immer an Stärke zunimmt, wenn auch langsam, und wenn in einigen Zahlstellen auch augenblicklich ein Rückschlag sich sichtbar macht, so werden dieselben sich doch nach und nach wieder erholen. In einigen Orten hat die Organisation zu kämpfen, damit sie von der Geistlichkeit nicht unterdrückt wird. Um 1 Uhr trat die Mittagspause ein. Um 2 Uhr wurde die Nachmittags-Sitzung vom Kollegen Wörner eröffnet. Es wurde mit den eingelaufenen Anträgen begonnen. Ein Antrag des Gauverbandes verpflichtet die Zahlstellen, die vierteljährlichen Abrechnungen bezw. eine Abschrift derselben dem Gauverband einzuliefern, nebst einer von den Revisoren unterzeichneten Beglaubigung über Ablieferung des Geldes an die Hauptkasse. In Anbetracht der im vorigen Jahre vorgekommenen Unregelmäßigkeiten wurde der Antrag einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag des Gauverbandes: Jede Zahlstelle hat pro Mitglied und Vierteljahr 5 Pf. an die Gaukasse abzuliefern, ward nach längerer Debatte angenommen, während ein Antrag der Zahlstelle Heilbronn: Jede Zahlstelle hat pro Mitglied und Jahr 5 Pf. an die Gaukasse abzuliefern, abgelehnt wurde. Sowohl vom Gauverband als auch von der Zahlstelle Heilbronn war der Antrag eingegangen, daß im Frühjahr 1902 eine Agitationsstour in Württemberg zu unternehmen ist, entweder durch den Gauverband oder durch Frau Zieg. Die Kosten hierfür sollen auf die Hauptkasse fallen, da die Kosten durch Eintrittsgeld, wie der Antrag gestellt war, nicht gedeckt werden können. Nach längerer Auseinandersetzung wurde folgende Resolution angenommen: Im Frühjahr 1902 ist eine Agitationsstour im Gau 13 zu unternehmen und hat sich der Gauverband mit dem Gauverband, deshalb in Verbindung zu setzen. Als weiteres Mittel, die Zahlstellen in die Höhe zu bringen und zu kräftigen, wurde die Hausagitation vorge schlagen und verpackt der Gauverband, zum „Wohle“ noch ein kleines Flugblatt zu veröffentlichen, welches diese schwierige Arbeit etwas erleichtern soll. Der Punkt: Wahl eines Gauverbandes, ergab als Resultat die Wiederwahl des Kollegen Wörner mit 15 Stimmen. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Ulm vorge schlagen. Da die Rednerliste erschöpft war, ergriff der Vorsitzende das Schlußwort, ermahnte und ermunterte die Delegirten, auf dem angefangenen Boden weiter zu arbeiten, das was sie gehört haben, mitzunehmen und in ihren Zahlstellen nachdringend anzuwenden, daß man am nächsten Sonntag, der auf der entgegengesetzten Seite tagen wird, etwas von den Ergebnissen der Agitation berichten kann. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband wurde die Konferenz um 4 1/2 Uhr geschlossen.

### Korrespondenzen.

Berlin. Am 30. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung. Unser langjähriger Bevollmächtigter, Kollege Junik, hat in Folge der Krise Berlin verlassen müssen, sein Stellvertreter erstattete Bericht über die am Orte entfaltete Thätigkeit. Es sind 9 Sitzungen der Bevollmächtigten abgehalten worden. Darauf wurden die Bevollmächtigten und Revisoren in Vorschlag gebracht. Der Bericht des Bibliothekars wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zur Gewerkschaftskommission wurde wieder der Kollege Ophig delegirt.

Hernburg. Die am 15. Oktober tagende Mitgliederversammlung ehrte das Andenken des verstorbenen Kollegen Duse durch Erheben von den Sigen. Bei Wahl der Bevollmächtigten wurden der Kollege Nachway als erster, Lehner als zweiter und Kollege Boigt als dritter Bevollmächtigter in Vorschlag gebracht. Ein Antrag, die Kranzspenden bei Sterbefällen von Kollegen wegzulassen zu lassen, wurde abgelehnt. Den Bevollmächtigten wird eine Entschädigung von 50 Mk. ausgesetzt, davon erhalten der erste und zweite Bevollmächtigte je 20 Mk., der dritte 10 Mk. Der Bevollmächtigte forderte dann noch zu zahlreicher Theilnahme an der bevorstehenden Hausagitation auf.

Hernburg. Am 2. November tagte unsere Mitgliederversammlung, die sich mit der Entlassung zweier Kollegen befahte. Nachdem die Umstände geschildert waren, welche die Entlassung herbeigeführt hatten, beschloß die Versammlung, beim Hauptvorstand Unterstützung wegen Maßregelung zu beantragen. Kollege Kopp macht dann den Vorschlag, daß die arbeitslosen Kollegen sich bei dem ersten Bevollmächtigten zu melden haben, wenn sie von der Beitragsleistung befreit sein wollen. Von den Hilfskassieren wurde Klage geführt, daß Kollegen unter allerhand Ausreden die Beitragsleistung verweigerten. Solche Kollegen sollten sich eines Anderen befennen und ihre Beiträge begleiden.

Effen. Sonntag, den 13. Oktober, hielt in unserer Versammlung der Kollege Jordan einen interessanten Vortrag über das Koalitionsrecht und Versammlungsrecht, welcher mit viel Beifall aufgenommen wurde. Aus dem Karteibericht, den der Kollege Laufer erstattete, ist bemerkenswerth die Eingabe an die Stadtverordneten wegen Erhöhung des ortsbüchlichen Tagelohns. Nachdem noch ein Bericht über die Entwicklung der Zahlstellen gegeben, trat Schluß der Versammlung ein.

Frankenthal. Die Versammlung der hiesigen Zahlstelle tagte am 6. Oktober. Nachdem der erste Punkt der Tagesordnung erledigt, wurden vorgeschlagen die Kollegen Christoph Schrand, Markus Minner, Johannes Forthuber als Bevollmächtigte. Zu Revisoren die Kollegen Wörner, Jägg und Fenschel. — Den Jahresbericht gab Kollege Kraus in der Versammlung vom 19. Oktober, welche gut besucht war. Eingangs seines Berichtes gab er bekannt, daß der seitberige zweite Bevollmächtigte Max Fenschel unter Mitnahme der Kasse das Weite gesucht hat und dadurch das Ansehen der Zahlstelle sowie des Verbandes schwer geschädigt hat. Derselbe habe es verstanden, sich durch seine Rebegehrigkeit das Vertrauen der ganzen organisierten Frankenthaler Arbeitererschaft zu eringen und sich dadurch in verschiedenen Vereinen zu Vertreterämtern emporschwingen. Ferner bezeichnete Kollege Kraus als Krebsgeschaden aller Gewerkschaften, daß sich die Mitglieder dadurch leiten lassen, solche Personen in den Ausschuß zu wählen, welche schöne Reden halten können, oder bei Diskussionen den Vorrang haben. Aus dem weiteren Berichte war zu ersehen, daß 25 Mitgliederversammlungen und 23 Ausschußsitzungen stattgefunden haben. Öffentliche Versammlungen fanden drei statt, in denselben waren Referenten: Kollege Offenbach, Kollege Drey-Hannover, sowie Frau Träger. An Vorträgen in den Mitgliederversammlungen wurden fünf gehalten. Aufgenommen wurden 126 Personen. Die Zahl der zahlenden Mitglieder hat sich von 120 auf 220 erhöht. Eine lebhafteste Debatte entstand über das Verschwinden des zweiten Bevollmächtigten und wurde an der Ortswahlverwaltung sowie über das laufende Betragen des Kassiers scharfe Kritik geübt. Auf Antrag des Kollegen Kraus wird in Zukunft das Geld an jedem Monatsstichtage an die Hauptkasse abgeliefert. Nachdem der erste Bevollmächtigte die Mitglieder aufgefordert hatte, sich nicht durch die That des untreuen Kassiers entmüthigen zu lassen und um zur Organisation zu stehen, übergab er den Vorsitz dem Kollegen Schrand, welcher mit dem Vorschlag, auch ihn so reichlich zu unterstützen wie seinen Vorgänger, die Versammlung schloß.